

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

231 (5.10.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichtabnahme des Jahrganges kein, bei gerätlicher Berechnung und bei Kontantszahlung keine Verbilligung. Bei Verbilligung: Karlsruhe i. B. o. Schick bei Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikrevue / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,42 Mark, wöchentlich 38 Pf. In der Ausgabe o. ohne Zustellung 1,00 Mark o. durch die Post 2,36 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle annehmen: Karlsruhe i. B. Weibstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volksfreund-Zentrale Durach, Hauptstr. 9. D. Baden, Taubhausstr. 12. Kallert, Kallertstr. 2. Offenburg, Hauptstr. 8

Nummer 231

Karlsruhe, Mittwoch, den 5. Oktober 1932

52. Jahrgang

Eine Fünfmächtekonferenz?

Frankreich gegen ein Beiseitenschieben des Völkerbundes

Der englische Vorschlag

London, 4. Okt. (Eig. Draht). In London wurde am Dienstag offiziell bekannt gegeben, daß die englische Regierung die Abhaltung einer Fünfmächtekonferenz (Deutschland, England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten) über das Abrüstungsproblem in London angeregt hat. Diese Mitteilung bestätigt die Meldung, in der ein neuer außenpolitischer Anlauf der englischen Regierung als bevorstehend bezeichnet wurde.

Der englische Vorschlag — um mehr handelt es sich vorerst nicht, denn es werden keine offiziellen Einladungen erteilt — bezweckt, der Abrüstungsfrage über den toten Punkt hinwegzuhelfen, an dem die Folge des deutsch-französischen Geziertes ankommen ist. Die Londoner Besprechungen, die der Form nach eine spanische Zusammenkunft der Minister werden sollen, wie entsprechende Konferenzen, die im Laufe des letzten Jahres stattfanden, sollen nicht etwa die Abrüstungskonferenz ersetzen, sondern die besonderen Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, an denen die Genfer Konferenz zu scheitern droht, und Deutschland wieder an den Genfer Verhandlungen teilnehmen lassen.

Die neue Aktivität geht besonders von der Person Macdonalds aus. Im übrigen haben sich innerhalb des Kabinetts die Gemüther verhärtet, und zwar vor allem Dingen zwischen Macdonald und Chamberlain wegen der von dem letzteren eingeschlagenen und in letzter Zeit immer mehr verhärteten Sparpolitik.

Französischer Widerstand gegen Macdonald

Erklärungen der französischen Gewerkschaften

Paris, 4. Okt. (Eig. Draht). Der englische Außenminister Sir John Simon, der am Dienstag vormittags auf dem Luftweg in Paris eintraf, hatte zu Beginn des Nachmittags mit Herriot eine eingehende Unterredung über das Abrüstungsproblem, die von großer Wichtigkeit gewesen zu sein scheint. Es wird allgemein behauptet, daß Herriot und Simon über den Plan Macdonalds sprachen, nach London eine Konferenz zur Prüfung der deutschen Forderungen einzuberufen. Ein derartiges Konferenzen, die bekanntlich schon kurz nach der Unterzeichnung des deutschen Memorandums angeregt wurde, lehnt die französische Regierung nach wie vor ab, aber sie stellt zum mindesten für ihre Beteiligung Bedingungen, die zum Teil nicht erfüllbar sind. Eine dieser Bedingungen soll die Teilnahme Amerikas sein. Man kann also annehmen, daß Herriot dem englischen Außenminister den Standpunkt Frankreichs noch einmal auseinandergesetzt hat, und daß Sir John Simons Bericht, Herriot anzuhören, angeht.

Herriot kann an diesem Standpunkt um so mehr festhalten, als er in dieser Frage das ganze französische Volk hinter sich weiß. Die bürgerlichen Parteien sind gegen eine Konferenz in London, weil sie befürchten, daß Frankreich dort isoliert sei und Macdonald den deutschen Forderungen zu weit entgegenkommen könne, um die Wiederteilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz zu erleichtern.

Die Arbeiterklasse dagegen lehnt die Londoner Konferenz ab, weil sie in ihr ein Manöver Macdonalds gegen Henderson erblickt, das dazu bestimmt ist, Henderson die Lorbeeren für eine etwaige glückliche Lösung des Konflikts zu entreißen. Das hat der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux auf der gegenwärtigen Tagung des Bundesauschusses des Gewerkschaftsbundes, über die wir noch an anderer Stelle berichten, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Die Debatte, bei der Jouhaux seine Erklärungen abgab, drehte sich um die Frage, ob Jouhaux als Vertreter der Arbeiterklasse weiter Mitglied der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz bleiben solle. Jouhaux verteidigte seine Beteiligung an der Konferenz u. a. mit folgenden Argumenten:

„Die Leute, die in Genf über die Abrüstung beraten, müssen den Druck des Volkswillens auf sich fühlen. Sollen die Arbeitervertreter in diesem kritischen Augenblick desertieren und allein Militärs ihre Sonderinteressen wahrnehmen? Die Anwesenheit eines Arbeitervertreters in Genf ist vor allem notwendig, um eine Beschränkung und Kontrolle der privaten Waffenfabrikation, die einem gänzlichen Verbot vorangehen muß, in die Wege zu leiten. Innerhalb der französischen Delegation habe ich den Vorschlag Soomers verteidigt, dessen Annahme zur Folge haben würde, die Vereinigten Staaten Europa näher zu bringen und damit eine allgemeine Entspannung vorzubereiten. Wenn Deutschland zwar einen juristischen Grund dazu hat, die Gleichberechtigung zu verlangen, so können wir doch nicht in seine Wiedererlangung einwilligen. Der Soomersplan muß als Diskussionsrahmen für die allgemeine Abrüstung dienen. Nun macht aber Macdonald Vorschläge zu einer Konferenz in London. Ich erblicke darin ein Beiseitenschieben des Völkerbundes und ein Manöver gegen Henderson, der Macdonalds politischer Gegner geworden ist. Ich werde daher auf keinen Fall nach London gehen.“

Der Bundesauschuss der Gewerkschaften billigte einstimmig die Erklärungen von Jouhaux und erklärte sich mit seinem weiteren Verbleiben in der Abrüstungskonferenz einverstanden.

Deutschland ebenfalls gegen Fünfmächtekonferenz

Zu der Neutermeldung über eine Anregung der englischen Regierung, mit der französischen, der deutschen, italienischen und ame-

ritanischen Regierung die Möglichkeit der Abhaltung einer Konferenz in London zu erörtern, um die Besprechungen fortzusetzen, die im Sommer in Genf begonnen hatten, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die deutsche Regierung selbstverständlich beratene Meldungen mit großem Interesse verfolgt. Man steht in hiesigen Regierungskreisen auf dem Standpunkt, daß die Besprechungen vom vergangenen Sommer nicht ohne weiteres fortgesetzt werden können. Durch den Meinungsaustrausch zwischen der deutschen Regierung einerseits und der englischen und französischen Regierung andererseits hat sich die Lage so verschärft, daß Deutschland Sicherheiten dafür haben muß, daß seine Teilnahme an Besprechungen über die Gleichberechtigungssfrage sich nicht auf der Grundlage der Ansichten vollzieht, die in dem englischen und dem französischen Memorandum zum Ausdruck gekommen sind.

„Was geschieht nach dem 6. November?“

Der Münchener Mitarbeiter der Völkischen Zeitung, Herr Karl Sundt, schreibt dem Blatte:

„Noch nie seit Bestehen der Republik ist Bayern von den Trägern der Reichsgewalt derart umworben worden, wie derzeit: in vergangener Woche waren München und die bayerische Landwirtschaft mit der Ausscheidung bedacht, daß der Reichsernährungsminister von hier aus — und nicht etwa von oberbayerischer Plattform her —

sein Programm verkündete. Mitte des Monats wird Reichstanzler v. Papen hier „seine Aufwartung machen“ und nach der Landwirtschaft auch die Geeseite, die Industrie, mit einem Vortrag besprechen. Innenminister v. Gaus ist angelangt. . . München erscheint der Regierung v. Papen mehr als eine Messe wert.

Sieraulande macht man keinerlei Aufhebens von diesem System der auffallenden Werbung und Gunstbezeugung, eingedenk wohl des Mißtrauens, das schon Josef Fischer, Ludwig Thomas unsterblicher „lenial. Abgeordneter“, in Kapitel IV. seines politischen Breviers „Ueber die Schiebung bayerns zum Auslande“ empfohlen hat: „Die Breiten sind sehr schlau und nehmen sich auf ihre Füße, haben mir sind auch schlau und werden ables. . .“ Ins Neubauerische überleitet, gibt der Regensburger Arbeiter, das Blatt des Ministerpräsidenten Dr. Helb, dieser eingemurzelten Vorführung darin Ausdruck, daß er hinsichtlich der zur Zeit für die Tätigkeit der Reichsregierung organisierten Propaganda erklärt, sie erinnere in fatalster Weise an jene Methoden der Volksaufklärung, mit denen der „berühmte Aufklärungsdienst der Obersten Seeresleitung“ in der letzten Phase des Krieges das deutsche Volk in eine verhängnisvolle psychologische Verfassung verriet habe. Das deutsche Volk brauche nicht Stimmungen, sondern Wahrheit. . .

In der Sorge um die Rechtsicherheit in Reich und Ländern schält sich jedoch in Süddeutschland immer kategorischer eine Schicksalsfrage heraus, deren unruhige Spiegelung unter dem Einfluß wechselseitig aufsteigender Berliner Gerüchte desto eifriger befrachtet wird, je näher der Wahltermin heranrückt; auf die vielfältigsten Undurchsichtigkeiten der gegenwärtigen Verhältnisse bezogen, läuft sie einseitig auf den Kardinalswinkel hinaus: „Was geschieht nach dem 6. November in Berlin?“ Dabei ist die Öffentlichkeit weniger beschäftigt mit den Möglichkeiten des Wahlausfalles, an sich, als vielmehr mit den unerforschlichen Naturschüssen und Absichten der „Präsidentenregierung“.

Naziangst vor Wahlen

Die Nazis in Hessen kneifen — Verrückte Gehaltskürzungsbeschlüsse

Darmstadt, 4. Okt. Die Angst der Nazis vor den Neuwahlen verhindert am Dienstag die Aufzählung des Hessischen Landtags. Schon vor Wochen hatte die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt, jedoch die Nazis Zeit genug gehabt hätten, sich über ihre Haltung zu Neuwahlen abzusprechen mit der Reichstagswahl schlußlos zu werden. Aber erst kurz vor Beginn der Plenarsitzung am Dienstag kündigten sie einen Verlegenheitsantrag an, wonach sie der Auflösung zustimmen würden unter der Bedingung, daß die Zahl der Abgeordneten auf die Hälfte, nämlich 35, und außerdem die Ministergehälter herabgesetzt werden würden. Während sich das Zentrum einer Neuwahl überhaup nicht zugeneigt zeigte, erklärten sich die Sozialdemokraten mit einer Verabschiedung der Mandatsziffer grundsätzlich einverstanden, jedoch nicht auf 35 Sitze, da sonst eine politische Arbeit im Parlament und eine gezielte Vertretung des hiesigen Landes völlig in Frage gestellt sein dürfte. Bereit waren die Sozialdemo-

krate zu einer Verminderung der Sitze auf 56. Außerdem stellten sie einen Ergänzungsantrag, wonach auch die Gehälter der höheren Beamten entsprechend herabzusetzen seien. Während nun die sofortige Minderung der Ministergehälter einstimmig Annahme fand, lehnten Nazis und Zentrum die Angleichung der hohen Beamtengehälter ab. Es entsteht sonach der groteske Zustand, daß Ministerpräsidenten künftig höhere Gehälter beziehen als Minister.

Die Anträge der Sozialdemokraten und der Nazis auf Verminderung der Sitze wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Als man zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag selbst schritt, verließ die Naziaktion, die in Uniform erschienen und deshalb von den Kommunisten als Likibow begrüßt worden waren, geschlossen unter allgemeinem Gelächter die Sitzung. So wurde zwar der sozialdemokratische Antrag gegen die Zentrumstimmen angenommen, er blieb aber trotzdem unwirksam, weil die Verfassung die Unverletzlichkeit von zwei Dritteln der Abgeordneten vorschreibt.

Französischer Gewerkschaftsvorstoß

Ein internationaler Aktionsplan für 40-Stundenwoche gefordert

Paris, 4. Okt. (Eig. Draht). Der Bundesauschuss des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT), der in Paris zu einer Tagung zusammengetreten ist, hat sich in einer längeren Debatte mit der Wirtschaftskrise und den Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Das Referat hielt der Generalsekretär des Bundes, Jouhaux, der unter anderem ausführte:

„Wenn auch die Völker über internationale Maßnahmen einig geworden sind, so haben bisher noch Sonderinteressen ihre Durchführung verhindert. Die Völker haben sich vor der Umwelt abgekapselt und geglaubt, ihr Teil nur in Lösungen nationaler Art finden zu können. Ohne auf internationale Maßnahmen zu verzichten, muß man sich natürlich zu gleicher Zeit bemühen, innerhalb eines jeden Landes etwas zur Abschwächung der Krise zu tun. Die CGT hat den Kampf in diesem Sinne eingeleitet. Sie hat sich gegen die Lohnkürzungen gewehrt, die von den Kapitalisten gefordert werden. Niemals ist die Not in der Arbeiterklasse Frankreichs größer gewesen als gegenwärtig. Wenn die Lohnkürzungen in unserem Lande noch nicht 10 Prozent erreicht haben, so ist das der Widerstandskraft der Arbeiter zu verdanken. Aber wir müssen in Zukunft

noch größeren Widerstand leisten, denn die Krise ist noch nicht vorüber. Die Zahl der Kurzarbeiter scheint in dem Maße abzunehmen, in dem die nötige Arbeitslosigkeit zunimmt. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt zur Zeit eine Million.

Die 40-Stunden-Woche ohne Herabsetzung der Löhne muß so schnell wie möglich durchgeführt werden, um einen Teil der Arbeitslosen ohne Verringerung der Gesamtaufkraft zu beschäftigen.

Die Politik der Lohnkürzungen führt nicht, wie die Ereignisse bezeugen haben, zu einer Herabsetzung der Lebenshaltungskosten und der Herabsetzung der Preise. Um die 40-Stunden-Woche durchzusetzen, muß ein

internationaler Aktionsplan aufgestellt werden, die öffentliche Meinung muß alarmiert und die Parlamente müssen auf die Verantwortung aufmerksam gemacht werden. Die parlamentarische Welt darf sich nicht über die Bedeutung im Unklaren sein, die die Arbeiterklasse dieser Reform beilegt. Wir werden keinerlei Ausflüchte zulassen und diejenigen, die die 40-Stunden-Woche nicht anerkennen, werden

als Feinde der Arbeiterklasse angesehen werden. Die CGT ist zu allen Anstrengungen bereit, die die Arbeiter von ihr verlangen. Aber die CGT kann nicht alles allein schaffen. Ihre Einstellung wird nur in dem Maße von Erfolg sein, in dem sie sich auf die Mitarbeiter der Gewerkschaften und der Einzelwesen stützen kann. Seid zum Kampf bereit, so wie es die CGT ist.“

Die Verammlung nahm die Ausführungen Jouhaux mit großem Beifall auf und wählte eine Kommission, die die Forderungen der CGT in einer Entschließung zusammenfassen soll.

Sozialistischer Kurs in der Labour Party

London, 4. Okt. (Eig. Draht). Henderson machte auf der Labourkonferenz die Forderung, daß für den Fall, daß innerhalb der nächsten zwölf Monate eine Labour-Regierung gebildet werden sollte — allerdings ein rein theoretischer Fall — eine besonders einflussreiche Delegiertenkonferenz über die einschaltende Politik befragt werden solle.

Am Dienstag wurde auf der Konferenz der Plan zur Verstaatlichung der Bank von England durch einen Ergänzungsantrag dahin ergänzt, daß auch die Großbanken verstaatlicht werden sollten. Der Ergänzungsantrag wurde mit 141 000 gegen 94 000 Stimmen angenommen. Diese Abstimmung zeigt, daß die Konferenz in Decester einen entschieden sozialistischen Kurs zu steuern entschlossen ist. Dieselbe Resolution spricht sich gegen Englands Rückkehr zum Goldstandard aus.

Ein Skandal

Die Barone und das Volksbegehren

Das Volksbegehren gegen den Sozialabbau, das von der Sozialdemokratischen Partei noch vor der Auflösung des Reichstags beim Reichsinnenministerium eingereicht worden ist, wird von diesem immer noch „geprüft“. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat am Dienstag, den 4. Oktober, den Reichsinnenminister Freiherrn v. Gaal persönlich ersucht, die Prüfung zu beschleunigen. Freiherr v. Gaal erklärte, daß die finanziellen Auswirkungen des Antrags geprüft werden, worauf ihm erwidert wurde, daß nach der Reichsverfassung finanzielle Bedenken nicht in Frage kommen könnten. Es dürfe nicht das Gefühl hervorgerufen werden, daß dem Volke sein plebiszitäres Recht genommen werden solle. Der Minister sagte zu, die Prüfung zu beschleunigen.

Die Regierung darf sich nicht wundern, wenn die Mutmaßung Platz greift, daß man nach Vorwänden sucht, das Volksbegehren gegen den Sozialabbau verstreuen, sabotieren und schließlich ablehnen zu können.

Tagesschau

Mexiko, 4. Okt. In der mexikanischen Kammer wurde heute der Beschluß gefaßt, Präsident Rodriguez zu veranlassen, den päpstlichen Legaten Erzbischof Luis y Flores des Landes zu verweisen. Erzbischof Flores hat in einer Erklärung die jüngste Enzyklika des Papstes über die kirchliche Lage in Mexiko in Schutz genommen. Der päpstliche Delegierte ist im Flugzeug aus Mexiko abgereist, um sich nach den USA zu begeben.

London, 4. Okt. (Fig. Draht.) Es wird offiziell bestätigt, daß de Valera am Mittwoch bei seiner Durchreise in London eine Unterredung mit Minister Thomas in Dominionsministerium haben wird. In Dublin sind Gerüchte im Umlauf, daß die Verhaftung Cosgraves, des Vorgängers de Valeras im Amte, bevorstehe.

Kalte Duschen für die Autarkie

WTB. Berlin, 4. Okt. Von holländischer Seite wird zu den heute mittag im Haag beendeten deutsch-holländischen Kontingentierungsverhandlungen eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Regierung nach Kenntnisnahme der deutschen Pläne zu dem Schluß gekommen sei, daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage für eine erziehbare Diskussion darstellten. Die deutsche Delegation habe erklärt, daß sie diese holländische Stellungnahme ihrer Regierung übermitteln werde.

Riga, 4. Okt. Das lettische Finanzministerium hat ein Einfuhrverbot für Wolle erlassen. Bisher wurden Wolle aus Deutschland bezogen. So rächt sich die deutsche Autarkie-Politik.

Der Schlieffenplan an Frankreich verraten?

Der frühere französische Botschafter in Petersburg, Paléologue, berichtet in seinen Memoiren über einen Spionagefall aus der Vorkriegszeit, wonach im Jahre 1904 ein wegen Zurücksetzung bei der Beförderung unzufriedener deutscher Generalsstabsoffizier gegen hohes Honorar den deutschen Aufmarschplan gegen Frankreich und Belgien verraten habe.

Die Enthüllungen Paléologues wirken an deutscher Stelle sehr überraschend und es werden Nachforschungen darüber angestellt; doch gibt es auch zahlreiche Kreise, die bezweifeln, ob diese Mitteilungen Paléologues richtig sind.

Politische Kämpfe in Württemberg in Sicht

Stuttgart, 3. Sept. Der nationalsozialistische Präsident des württembergischen Landtags hat das Plenum des Landtags auf den 11. Oktober einberufen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen außer anderen weniger belangreichen Punkten Anträge der Nationalsozialisten auf Aufhebung der beiden letzten Notverordnungen der württembergischen Regierung und ein Antrag des Bauernbundes auf Aufhebung der Notverordnung, durch die die Schlichtung in Württemberg zur Einführung kam. Beide Parteien haben im Finanzausschuß des Landtags, dem die Regierung die Entwürfe ihrer Notverordnungen vorlegte, völlig verfehlt. Durch Zustimmung zu den Anträgen der Linken hätten sie das Zustandekommen der Notverordnung vor ihrer Verkündung in Gesetzesform verhüten können. Jetzt haben sie sich offenbar eines anderen bedonnen und markieren Mannesmut vor Regierungsbanken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen durch die Zustimmung der Linksparteien im Plenum eine Mehrheit erhalten werden. Es fragt sich nun, welche Konsequenzen die Regierung aus solchen Beschlüssen ziehen wird, besonders wenn eine Partei wie der Bauernbund, die durch den Finanzminister Dr. Dellinger, den Vater der Schlichtsteuer, im Kabinett selbst vertreten ist, gegen sie in Opposition tritt. Auf jeden Fall kann man auf sehr lebhaft Auseinandersetzungen als Präliminarien für die bevorstehenden Reichstagswahlen rechnen.

Notverordnete Sittlichkeit

Weitere Bracht-Verstärkungen

Wie die W.D.Z. zu melden weiß, hat der von Papen eingeleitete kommissarische preussische Innenminister, der soeben eine so wunderliche Badeausgangsordnung herausgegeben hat, nunmehr sich entschlossen, nicht nur den zu kurzen Badeböden und den entblößten runden Schultern der badenden Weiblichkeit an öffentlichen Plätzen gleichsam auf den Leib zu rücken, sondern Herr Bracht selbst sich an, der Prostitution Mores zu lehren und Sittlichkeit auf den Straßen mit echt preussischem Schneid wieder herzustellen. Es seien aus allen Teilen Preußens bei ihm Klagen eingelaufen, die um eine Verstärkung des Kampfes gegen sittliche Verfallserscheinungen bitten, besonders in den ohnehin sündigen Großstädten. Herr Bracht hat es vernommen — und Herr Bracht wird nun alsbald erordnen, sobald der Reichsinnenminister auch seinerseits für das ganze Reich durch eine Notverordnung Sittlichkeit und Anstand wieder herstellen will. Nebenbei soll die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch eine Änderung des Gesetzes verstärkt werden.

Eine Bekämpfung der Prostitution und ihrer Auswüchse mit Polizeimiteln und mit Verordnungsparagrafen, wird in den Amtsstuben die Aktensündel häufen, der Polizei eine Menae Scherecken bringen, aber die eigentliche Wirkung, die erzielt werden soll, wird gleich Null sein. In Zeiten des wirtschaftlichen Elends wächst unvermeidlich und leider die Prostitution ganz gewaltig an. Dagegen waren noch immer und in allen Staaten die Polizei und die Gesetzgebung machtlos, so daß also anzunehmen ist, daß auch der Papenische Reichskommissar für Preußen zwar ver-

Süddeutsche Stimmung

Es darf wohl ohne jede Übertreibung konstatiert werden: in Süddeutschland ist man in den letzten vier Monaten gegenüber Berlin heillos, mißtrauisch und — endlich — auch etwas wachsender geworden. Das haben die Herren vom Herrenklub, die jetzt als deutsche Reichsregierung firmieren, in wenigen Monaten glücklicherweise geschafft. Seit der Zeit der unglücklichen Kriegswirtschaft, hat man im Süden des Reichs nicht mehr so scharfe Worte gegen die staatsmännische Regierungsmacht in Berlin vernommen wie gerade in den letzten Wochen. Der Gewaltstreik der Barone gegen die rechtmäßige preussische Regierung, und Ton und Inhalt der Begleitgedänge aus den ostelbischen Reaktionsnestern dazu, haben in Süddeutschland auch Politiker aufhorchen lassen, die sonst und bisher die Befehlsarbeit selbst gegenüber Berlin waren.

Es wurde uns versichert, daß die drei süddeutschen Staatspräsidenten, als sie gemeinsam in Berlin waren, dort eine ganz deutsche Sprache geführt hätten. Ihre Sprache soll auch Eindruck in Berlin gemacht haben. Jedenfalls schien es der Reichsregierung doch geraten zu sein, einen besonderen politischen Handlungsreisenden in der Personlichkeit des ja während des Weltkrieges bekannt gewordenen Herrn v. Versner zu engagieren und ihn, mit Informationen versehen, von den süddeutschen Regierungen zu schicken. Die offiziellen Meldungen über diesen Besuch, besonders über den in Karlsruhe, waren zwar ausfällig lantemäsig flüchtig, sie betonen aber dafür immerhin eine Dosis süddeutscher Vertraulichkeit.

Unklarheit berührt war man in Berlin, als der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, der in den letzten Wochen so häufig genannte Staatsrat Schäffer, wiederholt energische Töne gegenüber der Berliner Regierung und gegenüber Projekten ansehlich, die offenbar in Berlin gebohrt und in München bekannt geworden waren. Auch Herr Schäffer reiste nach Berlin. Ueber seine Unterredungen mit den maßgebenden Stellen wurde dem Volke ebenfalls eine „Berühmungsnotiz“ versetzt. Am Montag tagte in München der Vorstand der Bayerischen Volkspartei. In dieser Sitzung wurde nach allen vorliegenden Berichten eine recht scharfe Sprache geführt, vor allem auch gegen ansehend in München bekannt gewordene Pläne, nebensächlich eine „Reichsreform“ unter Substitutionsnahme des Artikels 48 durchzuführen. Man erklärte vorgestern in München, es müsse mit dem Mißbrauch des Artikels 48 Schluss-

gemacht werden; seine Anwendung dürfe fortan nur noch im Einvernehmen von Reichspräsident und Reichsrat erfolgen. Und Herr Schäffer führte dazu aus:

Die Bayerische Volkspartei ist unangetan der Person bereit, jede Regierung zu unterstützen, die die verfassungsmäßigen Zustände im Reich gewahrt, die Rechte des Volkes achtet, den Kampf gegen Unzulassen und Gottlosigkeit führt und den konstitutionellen Frieden im Volke zu wahren weiß. Wir lassen uns aber des weiteren nie dazu herbei, nur willenloser Gegenstand der Berliner Politik zu sein. Ganz entschieden lehnen wir das Spiel der ewigen Reichstaatsauflösungen ab. Eine neuerliche Reichstaatsauflösung, möge der Vorwand sein wie immer, würden wir als offenen Verfassungsverstoß betrachten und wir würden uns gezwungen sehen, den Verfassungskampf aufzunehmen.

Die Mißerfolge der letzten Zeit können durch keine Schönfärberei aus der Welt geschafft werden. Eine Außenpolitik, die Konstante mit innerer Stärke verwechselt und die allem sehr militärisch betont sei, werde dem deutschen Volke keine Erlöse bringen, sondern es in neue Zügelung hineinführen, wozu man auf dem besten Wege sei.

Der bayerische Staatspräsident, Herr Dr. Schmitt, hat am vergangenen Sonntag auf dem Offenburger Parteitag des Zentrumsebenefalls sich sehr freudig geäußert. Objektive verfassungsmäßig sei die Aktion gegen die preussische Regierung, ebenso die letzte Reichstaatsauflösung. Wie das Conti-Büro mitteilen mußte, hat man in Berlin die Rede des Herrn Dr. Schmitt sehr übel vermerkt. Man glaubte in Berlin sogar, Herrn Dr. Schmitt vorwerfen zu dürfen, er hätte als Staatspräsident Staatspolitik mit Parteipolitik verwechselt. Wir haben die Rede genau nachgelesen, ebenso die Vorschläge, die Herr Dr. Schmitt zur Reichsreform am Sonntag unterbreitet hat. Diese Rede und die Vorschläge als Parteipolitik im vorwurfsvollen oder gar herabsetzenden Sinne anzusprechen, dazu gehört die politische und geistige Einstellung, die im Herrenklub in Berlin maßgebend sein mag. Wir stimmen der Schmittschen Kritik an dem verfassungsmäßigen Verhalten der letzten Reichsregierung in den beiden erwähnten Fällen zu; wir unterscheiden aber keineswegs jeden Punkt seiner Vorschläge, aber wir dürfen auch sagen, daß Herr Dr. Schmitt die bayerische Sozialdemokratie an seiner Seite haben wird, wenn er gegen die Berliner Machtfrage als Hüter der Verfassung auftritt, sofern das, wie gegenwärtig, notwendig ist.

250 Millionen Subventionen

Die Regierung zahlt mit Schaßscheinen

Das neue Notprogramm der Reichsregierung sieht auch die Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften vor. Diese Aktion des Reichsreformministeriums Freiherrn von Braun, der ja von den landwirtschaftlichen Genossenschaften kommt, wird den Steuerzahlern die runde Summe von 250 Millionen Mark kosten. Erst im Jahre 1929/30 hat man mit einem Aufwand von 125 Millionen Mark das verlotterte Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft wieder in Ordnung gebracht. Heute haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften insgesamt eineinhalbmalige Subventionen in Höhe von rund 250 Millionen Mark. Das alles erklärt sich nicht nur durch die Markarkrise. Hier spielen andere Dinge mit, z. B. übermäßige Einstellung von früheren Offizieren, die nichts von den Dingen verstehen, Zahlung hoher Gehälter, viel Aufwand und Finanzierung nationalsozialistischer Organisationsarbeiten. Dort, in den nationalsozialistischen Genossenschaftsleitungen, wo so viel von „rater Wirtschaft“ geredet wird, blüht der Weizen der Mißwirtschaft leider allzu befruchtlich.

Wenn die Genossenschaften nun 250 Millionen Mark Subventionen haben, die sie selbst als Verluste anrechnen, dann ist es für uns selbstverständlich, daß die genossenschaftliche Selbsthilfe aller an der Genossenschaft beteiligten Landwirte in Anspruch genommen werden muß. So kann man die Verluste zum größten Teil decken. Das entspricht auch dem Ideal der Privatwirtschaft, wozu man jetzt in nationalsozialistischen Kreisen so viel schwärmt. Aber dieser Schwarm scheint nicht fürs Schuldzahlen zu gelten. Dennstens hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Genossenschaften in der Zeit zu sanieren, daß die Allgemeinheit die Kosten trägt. 40 Millionen sollen durch Abschreibungen auf Kapital und Reserve der Preußenkasse — das ist Geld der preussischen Steuerzahler — aufgebracht werden. Für die restlichen 200 Millionen Mark tritt das Reich in Form einer Hilfsaktion, wie bei der Bankensanierung, ein.

Mit öffentlichen Mitteln werden also Schulden der Landwirtschaft bezahlt.

Das ist so das privatwirtschaftliche Ideal der gegenwärtigen Reichsregierung. Sehr schön heißt es in den agrarischen Verlautbarungen, daß, wenn „dem genossenschaftlichen Unterbau der bisherige Ballast (sprich: 250 Millionen Mark Schulden, Red.) ohne Sondermaßnahme der Staatsumwälzung mit Hilfe von Steuerzahlern (Red.) abgenommen ist“, dann soll der gesamte Genossenschaftsapparat wieder „ordnungsmäßig und selbstverantwortlich arbeiten“. Wir haben uns in den letzten Monaten in Deutschland an derartige Unsinnsigkeiten und Unbegreiflichkeiten gewöhnen müssen, daß so etwas in der Öffentlichkeit hingenommen wird, ohne daß sie am Rande erklickt. Also, die Landwirtschaft muß Schulden. Verleihen lassen, der den Standpunkt vertritt, daß jeder seine Schulden selbst zu zahlen hat, wird verhöhnt und als „Feind der Landwirtschaft“ bekämpft. Die Regierung jedoch, die mit Steuerzahlern Privatschulden zahlt, ist national und Gemeinlich und privatwirtschaftlichen Initiativen. Also, wenn die Steuerzahler abhülft haben, wird wieder — bisher wars nicht der Fall — „ordnungsmäßig und selbstverantwortlich“ gearbeitet. Bis zur nächsten Meile!

Nach ein Wort darüber, wie die Regierung eigentlich die Gelder aufbringen will. Das ist nicht ganz so unendlich, wie man das heute abzutun beliebt. Es wird heute von der Regierung eine Subvention nach der anderen bewilligt. Aber es werden auch Steuern abgefordert. Es sind überall Leute da, die Geld von der Regierung verlangen und bekommen. Aber Steuern zahlen will keiner. Das dürfte nicht aufgeben. Die Regierung hilft sich mit — Schaßscheinen. Diese brauchen nicht unter allen Umständen unangenehme Folgen auf die Währungsverhältnisse zu haben. Es wird einem aber übel zumute dabei. Wir haben mit „Schägen“ zwei in Deutschland erlebt.

ordnen kann, aber nicht in der Lage ist, eine weitestgehende Änderung der Dinge herbeizuführen. Die Prostitution ist gewiss ein Uebel, aber sie ist mit der kapitalistischen Gesellschaft so eng verflochten, wie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aber immerhin: Wir sind in Deutschland wieder um eine Notverordnung reicher, und das scheint nachher die Hauptfrage zu sein.

Politische Uebervälle

Breslau, 5. Okt. Drei Reichsbannerleute wurden gestern abend von mehreren Personen unter dem Ruf „Freiheit“ angegriffen. Ein Reichsbannermann erhielt vier Messerstiche in den Rücken. Die Täter entkamen unerkannt. Einige Zeit später meldete sich auf der Wache ein Stahlhelmmann und gab an, unter dem Ruf „Freiheit“ von mehreren unbekanntem Personen überfallen worden zu sein. Er hat mehrere schwere Messerstiche erhalten.

Was wird mit Reichsrundfunkkommissar Scholz?

Am 9. Oktober: Arbeiterkultus des Auslandes!

SP. Im deutschen Rundfunk trieft es wieder einmal. An höchster ministerieller Stelle scheint man mit dem reichlich dilettantischen Wirken des Herrn Reichsrundfunkkommissars Scholz sehr unzufrieden zu sein. Denn seitdem Herr Scholz das Best in der Hand hat, acht es im Rundfunk drunter und drüber. Und auch das Herr Scholz zeitweilig das Mitgliedschaft der NSDAP in der Hand hatte, das er freilich rasch wieder auf den Tisch des Braunen Hauses legte, als ihm der Anbruch des Dritten Reiches nicht sicher genug schien, hat den Diktator der Diktatur nicht mit jenem Geist erleuchtet, dessen selbst er an solcher Stelle bedarf.

Der behäufte Tiefstand unserer Rundfunkprogramme ist weltbekannt. Das hierin nicht viel Veränderung zu erwarten sein dürfte, ließen die beachtlichen Vorkämpfer des Herrn Scholz, insbesondere die Herren Stanelfeld und Beumelburg, in der rechts und links klar kritisierten Berliner Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag erkennen. Die Konferenz hatte einen Lacherkollos. Aber darüber hinaus ist man auch mit den organisierten Leistungen des Herrn Scholz sehr unzufrieden. Am letzten Freitag liefen die von der Reichspost zu diesem Tage geflügelten

Sendekonventionen ab. Im die Gesellschaften überhaupt jenseitig zu erhalten, wurden „bis auf Weiterhin“ Postkonventionen erteilt. In sich sollen zum 1. Oktober die Mittelschichten in gemeinsamen GmD, umgeändert sein — aber bis heute ist hier noch keinerlei Beschluß gefaßt. Ebenso wenig steht bis jetzt etwas fest über die angeordneten Abänderungen der Privataktionäre der Rundfunkgesellschaften; es ist zu befürchten, daß auch für diesen Zweck die Programmabänderungen herhalten sollen. Auch das die von Herrn Scholz großartig angeordnete „Neuregelung“ nichts Neues geschaffen — es sei denn eine Anzahl neuer und besetzter Posten, für deren Träger es gar kein rechtiges Arbeitsgebiet gibt, einen hohen Stolz Abstellungen enttäuschter Hörer und viele Verzerrungen bei den einzelnen Sendegesellschaften, in deren Programmabänderung der Reichsrundfunkkommissar mit wenig Kenntnis und viel Selbstbewußtsein häufig eingriff.

Herr Scholz ist vorläufig auf Urlaub gegangen. Die Defektheit hat nicht den Wunsch, ihn bald wieder an seinem Schreibtisch im Berliner Reichsrundfunkhaus in der Reichenallee zu wissen.

Die Erhöhung der Silbermerker Sendeleistung wird auch dem deutschen Hörer zu Gute kommen. Er wird beim Silbermerker einschalten, wo der holländische Arbeiter-Radio-Bund (ARW) einen großen Teil des Programms ausstrahlt. Es ist geplant, dort öfters für die deutschen Hörer besondere deutsche Sendungen zu veranstalten.

Besondere Beachtung wird der Silbermerker Sender am 9. Oktober verdienen. Dieser Tag ist zum „Arbeiterkultus“ bestimmt worden. Durch Programm-Austausch zwischen den Sendern verschiedener Länder soll an diesem Tage die Arbeiterkultus über alle Grenzen hinweg zur Solidarität aufrufen können. Über den Sender werden in diesem Jahre nicht mehr berichtet sein. Aber die Rundfunkwellen tragen die Grüße der Arbeiterkultus ungehindert von Land zu Land. Das kann keine Regierung verlieren, das kann kein Scholz-Regime und keine Nazi-Mehrheit verhindern.

Kein Rücktrittsgesuch Scholz

Das Contibureau teilte mit: Zu den Zeitungsmeldungen, wonach der Reichsrundfunkkommissar des Reichsinnenministeriums, Dr. Scholz, ein Rücktrittsgesuch eingereicht haben soll, wird an zuständiger Stelle erklärt, daß von einem bezüglichen Rücktrittsgesuch im Reichsinnenministerium nichts bekannt sei.

Gewerkschaftliches

30 Prozent Lohnabzug

MS. Stillingen, 5. Okt. Der Streik in der Papierfabrik Schneider ist durch einen Vergleich beendet worden, wonach die Arbeiter auf Grund der Notverordnung einen 30prozentigen Lohnabzug tragen muß. Die Arbeit ist am Dienstag vormittag wieder aufgenommen worden.

Wiederaufnahme des Verkehrs in Hamburg

Hamburg, 4. Okt. Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsrichters hat dem Streik im Hamburger Verkehrsgewerbe nach dreitägiger Dauer ein Ende bereitet. Der Verkehr wird heute wieder aufgenommen.

Überall Lohnkämpfe

Die durch die Lohnnotverordnung wieder belebten Lohnabnahmeverträge der Arbeitgeber rufen immer neue Abwehrkämpfe hervor. Bei den Basistischen Spiegelglasfabriken Bedmann-Kupper & Co. ist die Belegschaft wegen einer auf Grund der Lohnnotverordnung erfolgten Lohnkürzung von 12 1/2 Prozent in Streik getreten. Bei der Zellulose- und Papierfabrik AG. Mainz-Kastheim trat der größte Teil der Belegschaft in Streik, da ein Schiedspruch den Lohn bei Kürzung der Arbeitszeit um 48 auf 40 Stunden um 5 Prozent kürzen will. Die Firma Kumpferhulch Schloßfabrik in Weibert hat die Streikerklärung der Belegschaft mit sofortigen Kündigungen beantwortet. Bei dem Industriewerk und der Druckerei AG. in Düsseldorf traten die Hilfsarbeiter wegen eines im Schiedspruch vorgesehenen Lohnabzuges in Streik. Immer von neuem erfolgen Tarifkündigungen lediglich zum Zwecke von Lohnkürzungen, so z. B. bei der Amberger Flaschenbütte und in der Westdeutschen Hartsteinindustrie.

Partei-Nachrichten

Im Kampf um die Freiheit

Die veränderte politische Situation weist der Arbeiterbewegung und in erster Linie der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, die Führung im Kampf gegen den kulturellen Ausrottungskrieg der Reaktion zu übernehmen. Dieser Grundgedanke wird in einer Reihe von Artikeln im Septemberheft der „Sozialistischen Bildung“ (Verlag J. S. Dietz Nachf., Berlin) vertreten. Im Artikel „Die Diktatur im Rundfunk“ behandelt H. Lotze die grundsätzlichen Forderungen, die unter der Diktatur des Herrn Scholz im deutschen Rundfunk eingetreten sind. So wird der Rundfunk in seiner jetzigen Form zum Abbild eines kümmerlichen und vergänglichsten Regimes. Gegen diesen das Ansehen Deutschlands auf das schwerste schädigenden „Tendenzbetrieb“ anzukämpfen, ist Aufgabe aller Arbeiterorganisationen, die damit die Führung im Kampf gegen eines der stärksten Instrumente der Kulturreaktion übernehmen. Das gleiche gilt auch in dem Kampf um die geistige Freiheit im Unterhaltungssektor. In einem reaktionären Artikel „Der Fall Gumbel“ wird die Prozedur des Herrn Gumbel als ein Attentat gegen die akademische Freiheit bezeichnet und im Einflang mit einer Rundfunksozialistischer und demokratischer Professoren wird zum einseitigen Prozeß gegen die beginnende Abschaffung der Pressefreiheit an den Hochschulen aufgerufen. Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ ist zum Preise von 1.50 M. für ein Vierteljahr durch die Volksfreundbuchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung. Wie Rundfunkprogramme aussehen sollen Die Zusammenstellung der Rundfunkprogramme ist eine schwierige Sache. Jeder Vektor hat in dieser Beziehung andere Wünsche. Je nach Güte und Stärke eines Empfangsgerätes, je nach der Empfangsmöglichkeit in seiner Gegend wünscht er die Auswahl der Sender in seiner Zeitstrahl, kurze oder ausführliche Angaben, Ganztags- oder Abendprogramme, Herovorbereitung der Veranstaltung...

Das soziale Sexualverbrechen

Der Wohlfahrtsstaat, wie er in der Mietskasernen aussieht

Vor einiger Zeit wurde durch Zufall die Einlieferung einer ganzen Familie, Vater, Mutter, Sohn und Tochter, in die Gesundheitsfraktion eines Berliner Krankenhauses bekannt. Die Tochter, eben 16jährig, initiierte sich auf der Straße. Nach einiger Zeit war die ganze Familie erkrankt. Die vier Personen schliefen in einem Raum.

Der Fall beleuchtet die furchtbare Beschaffenheit zwischen Wohnungsnot und Geschlechtsnot. Victor Noack hat nun in einem kleinen Büchlein („Das soziale Sexualverbrechen“, erschienen im Verlag von Julius Böttmann in Stuttgart), das vor allem als Kampfwort für die Jugend gedacht ist, ein reichhaltiges Material über diese entsetzliche Erscheinung der Wohnungsnot zusammengetragen. Kommen wir auf den oben erwähnten Fall zurück, der, man muß es beklagen, gar nicht so selten dasteht, dann wird selber der vorläufig letzte Akt in dieser furchtbaren Tragödie von dem Strafrichter vor sich gehen. Der Strafrichter wird nach dem Paragrafen urteilen. Unschärfbar angefaßt ist aber die Wohnungspolitik unserer Tage, die Auslieferung des Wohnungsmarktes an die Profitinteressen; unglücklich der Wohnungsnotverordnung. Es ist bezeichnend, daß die traurigen Befehle zum Badenischen Wohlfahrtsstaat des öfteren darauf hinweisen, daß die „rote Mühseligkeit“ zu viel gebaut und zu viel Kapital in neuen Wohnungen investiert habe.

Wie sieht die andere Seite aus? Wir folgen hier den Noack'schen Mitteilungen.

Fall I: Aus den Akten des Jugendamtes beim Berliner Bezirksamt Prenzlauer Berg (Aktenzeichen G. Ju. 42 R. 43). Die Familie S., bestehend aus 12 Personen; 8 Erwachsenen, 1 Schulkind, 1 Kleinkind und 2 Säuglingen, bewohnt in der St.-Straße in Berlin Stube und Küche. Die verheiratete Tochter schläft mit Mann und Säugling auf dunklem Korridor. Eltern, 2 erwachsene Söhne, 3 erwachsene Töchter, 1 Schulkind, 1 Kleinkind und 1 Säugling schlafen in einem einzigen Zimmer. Von den drei Töchtern hat jede ein uneheliches Kind. Die 20jährige Tochter, Mutter des unehelichen Kleinkindes von 2 Jahren, ist schwachmütig. Alimente für die Kinder werden von deren Erzeugern nicht bezahlt. An der 16jährigen Tochter wurde vor kurzem auf der Treppe des Hinterhauses ein Selbstmordversuch verübt. Die Untat wurde von den Eltern gleichgültig hingenommen. Die erwachsenen Familienangehörigen sind durch das Elend völlig abgestumpft.

Fall II: (Aktenzeichen I. G. Ju. 3. 15 131/30.) Lotze S., eben 15 Jahre alt, tritt vor dem Strafgericht als Zeugin gegen ihren Vater auf. Dieser, der Arbeiter S., war ein ordentlicher Mann,

alldächtig verheiratet und Vater zweier Kinder. Lotze S. wird von Verwandten erzogen und kehrt ins Elternhaus zurück. Der Raum ist beengt. Lotze schläft zwischen Vater und Mutter in einem Bett. Hier bereitet sich die Tragödie vor. Der Vater stellt seiner Tochter nach „wie der leidenschaftliche Liebhaber“, dann geht alles den bekannten Gang. Lotze, ein gutes Kind und gut erzogen, beginnt fittlich zu sinken. Erkrankt auch und muß sich in ärztliche Behandlung begeben. Schlußakt der Tragödie: die Tochter seigt gegen den, wegen Blutschande angeklagten Vater.

Fall III: Hier ist es eine 17jährige Hilde S., die als Zeugin gegen ihren Stiefvater, den Rangierführer S., auftritt. Der Schulbube ist 35 Jahre alt. Er hatte eine Witwe geheiratet, die außer der erwähnten Hilde noch einen Sohn mit in die zweite Ehe einbrachte. Die vier Menschen schliefen in einer Stube. Hilde sagt aus: „Schon als sie 16 Jahre alt gemeldet war, habe der Stiefvater verlobt, sie gefügig zu machen. Zweimal sei es ihr gelungen, ihn abzuschmeißen.“

Fall IV: (Aktenzeichen S. 4 J. 672/26). Lenchen, 10 Jahre alt, tritt als Zeugin gegen den 37 Jahre alten Arbeiter R. auf, der beschuldigt ist, sich an zwei Kindern vergangen zu haben. Situation: Lenchen ist Tochter eines Bauarbeiters. Ihre Mutter arbeitet als Sortiererin in einer Lumpenlammlung. Lenchen hat vier Schwestern. Die älteste, 19jährige, arbeitet in einer Fabrik. Lenchen schläft mit einer, um 1 Jahr älteren Schwester zusammen in einem Bett, und in derselben Stube, in der auch die ältere Schwester mit ihrem Bräutigam und deren Freund mit der zweijährigen Schwester schlafen.

Fall V: (Aktenzeichen E. 3 J. 934/25). E., 46 Jahre alt, wird von seiner 21jährigen Tochter Trude eines Unzuchtverbrechens beschuldigt. Trude war kaum 15 Jahre alt, als sich der Vater an sie heranmachte. Vier Personen bewohnen eine Stube und Küche. Das Bett der Eltern stand Trudes Bett gegenüber. Zum Schutz wurde ein Schrank zwischen beide Betten gehoben. Der Vater blieb bis mittags im Bett liegen und immer, wenn Trude ihm morgens, erst nur leicht befehle, den Kaffee reich, berührte er sie unter großen Schreien. Dann mußte die Mutter vier Wochen verreisen. Trude war nun allein mit dem Vater.

Das sind keine sorgfältig herausgenommenen Fälle, um etwas zu beweisen, das sind Tatsachen, die in verhältnismäßig kurzer Zeit nur für einen Bezirk der Reichshauptstadt registriert worden sind. Immer wieder haben wir dieselben Merkmale; der ungenügende Raum, der zu Verbrechen führt, Angesichts dieser Zustände mag man das Wort vom Wohlfahrtsstaat zu prägen.

Tagungen

Landesversammlung des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz

Der Badische Frauenverein vom Roten Kreuz hielt am Sonntag nachmittags im Colosseumsaal in Karlsruhe die aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich besuchte 53. Landesversammlung ab. Nach einem Chorergelänge der Schülerinnen des Gemigen Ehrer erricht die Präsidentin, Frau Landgerichtsdirektor Reiser, das Wort zur Begrüßung. Darauf erstattete der neuernannte Generalsekretär, Reg.-Rat Dr. den Jahresbericht für 1930 und 1931, aus dem man ein Bild gewinnen konnte von den weitverbreiteten und vielfältigen Aufgaben des Vereines, von der Ausübung der freien Vebestätigung auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege und der Gesundheitsfürsorge. Ende 1931 waren 413 Zweigvereine mit rund 86 000 Mitglieder angeschlossen. — Dem Landesvorstand wurde einstimmig Entlassung erteilt, ebenso einmütig erfolgte seine Wiederwahl und die Bildung des Landesauschusses. Darauf hielt Oberbürgermeister Emele einen Vortrag über den freiwilligen Arbeitsdienst. Direktor der Bad. Landwirtschaftskammer Dr. v. Galtzera sprach über die Lage der ländlichen Jugend. Beide Vorträge begegneten großem Interesse und gespannter Aufmerksamkeit. Daran knüpfte sich eine rege Ausdrache, worauf die Präsidentin die mehrstündigen Verhandlungen mit dem Ausdruck der Genauigkeit über den schönen und erlöserprechenden Verlauf der Tagung schloß.

ODOL-ZAHNPASTA mit Lingner-Gedenkmünzen... sie haben Kaufkraft.

Das System ROMAN von Walter Schirmeier

Er schrie sich immer stärker in Erregung hinein. „Ich verlange, daß meine Angestellten persönlich zu mir kommen, wenn sie was wollen. Die Aufseher, wie sie Ihr Gewerbe ist, dulde ich nicht, Herr!“ „Donnerwetter“, dachte der Verbandsvertreter, „der Kerl ist wahnsinnig geworden!“ Er versuchte es noch einmal im guten. „Herr Zahn, mein Kommen hat lediglich den Zweck, eine gütliche Einigung mit Ihren Angestellten herbeizuführen.“ Lorenz Zahn ließ sich nicht beirren. Er zitterte am ganzen Körper. „Ich will keine Einigung, verstehen Sie mich, ich will mich nicht einigen und ich einige mich nicht! Verlassen Sie sofort den Betrieb — ich fordere Sie auf, sofort meinen Betrieb zu verlassen!“ Der Verbandsvertreter zuckte die Achseln. Es war besser, er ging. Hier war beim besten Willen vorläufig nichts zu machen. Am Ende befam der gute Mann noch einen Schlaganfall; dann hätte die Scharfmacherpresse im ganzen Reich wieder ein gesundes Pressen, um gegen das „rücksichtslose Auftreten der Gewerkschaftsführer“ zu wettern. Er warf den drei Mädchen, die erschrocken der Szene beigewohnt hatten, einen aufmunternden Blick zu und ging. Der alte Chef irrte sich, wenn er meinte, durch sein Loben und Widerlegen das Eindringen frischer Luft in seinen Betrieb verhindern zu können. Die gewerkschaftliche Keimzelle bestand schon — wenige Jahre später würde er mit den Verbandsvertretern verhandeln müssen! Es dauerte alles nur seine Zeit! — Lorenz Zahn rannte ein paarmal auf und ab, dann schrie er die Mädchen an: „Und was wollen Sie?“ Grete antwortete: „Herr Zahn, wir kommen im Auf-

trage des gesamten Personals, um Sie zu bitten, von der Gehaltskürzung Abstand zu nehmen. Die Verhältnisse — „Ich sähre mich den Teufel um Ihre Verhältnisse“, wurde sie unterbrochen. „Meine Verhältnisse sind mir maßgebend, verstehen Sie mich!“ Er wurde höhnlich. „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen; bitte schön, ich halte niemanden. Denken Sie, ich bekomme kein anderer Personal? — Waffenhafte! Und vielleicht besseres, als Sie es sind.“ Grete versuchte, etwas zu sagen, aber er schnitt ihr gleich wieder das Wort ab. „Sagen Sie Ihren Auftraggebern, daß es bei dem bleibt, was mein Sohn angeordnet hat. Ab ersten September tritt die fünfzehnpromzentige Lohn- und Gehaltskürzung in Kraft. Die Listen kommen heute noch einmal in den Betrieb — wer nicht unterschreibt, wird gekündigt. Und Sie drei fliegen zuerst, verlassen Sie sich darauf!“ Er rannte in das Privatkontor und warf die Tür zu. — Durch Kaufzettel verständigten die drei alle Abteilungen von dem Ergebnis der Unterredung, und forderten auf, keine Unterschrift zu leisten. Die weiteren Maßnahmen sollten abends in der Versammlung beschlossen werden. Gleichzeitig mit den Listen empfangen Grete Wollmer, Marta Wiefener und die Pauserin Lucie Schmidt ihre Kündigungsbriefe. Nachmittags wurden die Listen wieder eingesammelt. Außer den Unterschriften der drei, die schon am vergangenen Tage ihre Zustimmung gegeben hatten, stand keine Name auf dem Papier. Das Personal nahm den Kampf auf. Die Versammlung, die nach Feierabend stattfand, verlief ziemlich stürmisch. Die meisten waren für Streik. Grete hatte Bedenken. Sie kannte ihre Kolleginnen. Jetzt waren sie alle fest entschlossen, begeistert, Feuer und Flamme. Sowie die Versammlung aber vorbei war und jede für sich allein nach Hause ging, würde die Ernüchterung folgen. Wenn dann zu Hause noch geschimpft oder dagegen geredet wurde, dann war es mit dem Kampfmotiv vorbei. Drei — vier Tage würden sie allenfalls durchhalten, dann bröckelte eine nach der anderen ab, bis zum Schluß sie drei — die ohnehin schon gekündigt waren — als die Sündenböcke übrigblieben.

viel besser wäre es, wenn doch noch eine Einigung zustande käme. Heute war der Chef durch die Anwesenheit des Verbandsvertreters gereizt gewesen; wenn man nach einigen Tagen erneut den Versuch unternahm, mit ihm zu verhandeln, war es immerhin möglich, daß er mit sich reden ließ. Sie fand jedoch für ihre Ansicht nur wenig Unterstützung. Die Mehrzahl beharrte auf ihrem Willen. Sie würden es den Chefs schon zeigen, daß sie sich auch wehren konnten. Er war ja auf sie angewiesen, konnte doch unmöglich neues Personal einstellen. „Du wirst sehen, Wollmer, nach vier — höchstens nach acht Tagen gibt Zahn klein bei. Bleibt ihm ja weiter nichts übrig, wenn die Kunden nicht abspringen sollen!“ Einzelne Zwischenrufer meldeten sich. „Erst hast du große Töne geredet, und jetzt machst du einen Zurückzieher!“ — „Hast du Angst? Dann geh doch morgen arbeiten!“ Grete ergab sich. Das wollte sie sich nicht sagen lassen. Sie ließ abstimmen. Das Ergebnis war, daß mit allen gegen drei Stimmen der Streik beschlossen wurde. Sie verfaßten eine Resolution, in der sie ihre Forderungen festlegten: 1. Die Gehalts- und Lohnkürzung unterbleibt. 2. Die Kündigungen der drei Vertrauensleute Grete Wollmer, Marta Wiefener und Lucie Schmidt werden zurückgenommen. 3. Die Streikzeit wird nicht vom Gehalt abgezogen. Ein Lokal gegenüber der Fabrik wurde als Streiklokal bestimmt. Die Streikleitung wurde auf sechs Personen vergrößert, von denen immer jemand im Lokal anwesend sein sollte. Dann wurden Streikposten bestimmt, die von morgens um 8 Uhr bis nachmittags um 5 Uhr vor dem Hause Aufstellung nehmen sollten. Je zwei und zwei, immer drei Stunden lang. Als am nächsten Morgen die beiden Zahns ins Geschäft kamen, fiel ihr erster Blick auf die beiden Streikposten, die mit Schildern vor der Brust vor dem Hausflur standen. „Was stand da drauf?“ fragte Lorenz Zahn seinen Sohn, als sie in das Privatkontor gekommen waren. Eberhard lachte zynisch. „Der große Aufruf zur Solidarität, Vater. Achtung, Kollegen — lebt Solidartät! Bei Lorenz Zahn u. Co. wird wegen Lohnabbaus gestreikt!“ (Fortsetzung folgt.)

Die Verfassung des Deutschen Reiches

Referenten-Entwurf von Hans Bauer

Aus dem Wahren Jakob, Nr. 25 vom 1. 10. 1932.

Abchnitt A. Reich und Länder

Artikel 1. Der Staatsgewalt geht das Volk aus.
Artikel 2. Das Reichsgebiet zerfällt in 17 Länder.

Abchnitt B. Der Reichstag

Artikel 3. Der Reichstag besteht aus den Innungs-Obermeistern, den Verbandspräsidenten und den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern. Einzelheiten regeln die Arbeitgeberverbände.

Abchnitt C. Reichspräsident und Reichsregierung

Artikel 4. Reichspräsident ist der jeweils rangälteste General.
Artikel 5. Der Reichspräsident ist souverän. Er kann vorübergehend auf einen Teil seiner Machtbefugnisse ausweichen des Reichstags verzichten.
Artikel 6. Der Reichskanzler und die Reichsminister müssen dem Adel der Nation entstammen. Sie bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Reichswehr.
Allen Beschlüssen der Reichsregierung gegenüber muß das Volk zurücktreten.

Abchnitt D. Die Reichsgesetzgebung

Artikel 7. Die Gesetzgebung wird den Parteien erlassen. Die Gesetze werden zur Not verordnet.

Abchnitt E. Die Rechtspflege

Artikel 8. Die Richter sind vom Gesetz unabhängig. Die Angeklagten sind vom Wohlwollen der Richter abhängig. Die Regel bilden die Ausnahmegerichte.

Abchnitt F. Grundrechte und Grundpflichten

Artikel 9. Alle Deutschen haben das gleiche Recht auf Hunger. Es herrscht Freizügigkeit. Alle Deutschen können an einem beliebigen Orte des Reiches und in einem beliebigen Nahrungsweise in Konkurs gehen und den Offenbarungseid leisten.

Artikel 10. Jeder Deutsche hat das Recht, seine, den Maßnahmen der Regierung zustimmende Meinung, durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.

Artikel 11. Die Beschränkung der Zensur wird aufgehoben.

Artikel 12. Der Ehe, als Grundlage des Familienlebens, darf, soweit sie im Tonfall, im Rundfunk und auf der Schaubühne behandelt wird, nichts Problematisches innewohnen.

Artikel 13. Zu den öffentlichen Ämtern sind unterschiedslos alle Staatsbürger zugelassen. Als Staatsbürger gilt, wer sich nicht zu einer marxistischen Partei bekennt.

Artikel 14. Die Unternehmer sind vor den ausbeuterischen Geheulen der Jugend zu schützen. Näheres regelt das Arbeitspflicht-Gesetz.

Artikel 15. Alle Deutschen haben das Recht, ihre Steuern pünktlich zu entrichten und sich zu diesem Zwecke, bewaffnet mit einer Brief-tasche, ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis, vor den Finanz-ämtern zu verlammen.

Abchnitt G. Religion

Artikel 16. Die Freidenkerorganisationen werden aufgehoben. Ihre Mitglieder werden den bestehenden Religionsgesellschaften eingegliedert.
Die Anstellung der Lehrer an den Volks- und höheren Schulen erfolgt von den Konsistorien und Bischöfen. Bei Anstellung des Turnlehrers hat der örtliche Ausschuss für bessere Olympia-Erfolge beratende Stimme.

Abchnitt H. Bildung und Schule

Artikel 17. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei von Kulturbolschewismus. Kulturbolschewismus umfaßt Radikalen, Jazzmusik, Psychoanalyse, Bauhäuser, Magazine (mit Ausnahme der Scherzblätter und der Pulvermagazine), die Relativitätstheorie sowie jede Art von Literatur, bei der es sich nicht um deutsches Schrift-tum handelt.

Abchnitt I. Wirtschaftsleben

Artikel 18. Dem Eigentum wird gewährleistet, daß es sich nur erwerben kann, wer sich als Eigentümer bereits bewährt hat.

Wandel der Zeit



1931: „Schreiben Sie noch mal in meiner Presse ein Wort gegen die Nazis, dann fliegen Sie raus!“



1932: „Was — kein Wort in dieser Nummer über die wüsten Ausschreitungen der Nazis? Kommt das noch mal vor, fliegen Sie!“

Füsarenritte

Konfusion um die Kontingentierungspolitik — Italienische Drohungen Was will die Reichsregierung?

Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten erleben jetzt die Erfüllung ihrer Autarkiewünsche in zunehmendem Maße. Die von der Reichsregierung eingeleitete Kontingentierungspolitik läuft ziemlich eindeutig in der von den Nationalsozialisten gewünschten Richtung, die deutsche Einfuhr weitgehend zu drosseln. Ob damit den bankrotten Großagrariern in Ostelbien geholfen wird, ist sehr fraglich. Sicher ist jedoch, daß mit diesen nationalsozialistischen Rezepten die deutsche Ausfuhr aufs stärkste beeinträchtigt und damit die Arbeitslosigkeit noch mehr erhöht wird; denn das Ausland läßt sich diese Drosselungsmaßnahme nicht gefallen und revanchiert sich durch Drosselung deutscher Einfuhrprodukte in entsprechendem Maße. Das deutsche Volk trägt damit den Schaden für die durch die nationalsozialistische Besessene geleitete Autarkiepolitik.

Die Konfusion um die Kontingentierungspolitik der Regierung von Paven wird immer größer und bedenklicher. Einerseits erklärt die Landwirtschaft, daß sie sich die Kontingentierungspolitik der Pavenregierung anders vorgestellt habe. Des andern muß es die Pavenregierung erleben, daß Italien, von dem die sogenannten nationalen Kreise in Deutschland seit längerem als von einer befreundeten Nation sprechen, scharfe Drosselungen und Einschränkungen der deutschen Wareneinfuhr nach Italien ankündigt. Die italienischen Drohungen, außergewöhnlich in ihrer Art, stehen nicht in direktem Zusammenhang mit der deutschen Kontingentierung. Aber sie sind ohne Zweifel hart davon beeinflusst.

Die deutsche Kontingentierungskommission weilt gegenwärtig in Holland und wird sich nach einem Gastspiel in Paris nach Rom begeben. Man wird sich wundern, daß die Einigung in Brüssel so schnell erzielt werden konnte. Man darf sich aber nicht einbilden, daß das anderswo, z. B. in Holland und Italien ebenso schnell gehen wird. Das Geheimnis für die schnelle Brüsseler Lösung liegt darin, daß die Ausfuhr belgischer Waren nach Deutschland, die von der Kontingentierung erfasst worden sind, noch nicht einmal 2 Millionen Mark pro Jahr ausmachen. Unter das deutsch-belgische Kontingentierungsabkommen fallen noch nicht einmal 8 Prozent der belgischen Wareneinfuhr nach Deutschland. Um ein solches Objekt freizusetzen man selbstverständlich nicht.

Wie es aber anderswo werden wird, lassen die oben erwähnten italienischen Drohungen ahnen. Italien hat angekündigt, daß es in Zukunft nur solche deutsche Waren hereinlassen wird, die aus eingetragenen deutschen Gütern in Italien bezahlt werden können.

Im übrigen will Italien die Devisenverteilung für die deutsche Warenausfuhr auf 25 Prozent runterziehen. Diese angekündigten italienischen Maßnahmen haben mit der deutschen Kontingentierungspolitik unmittelbar nichts zu tun. Die Schärfe, mit der Italien seine Repressalien ankündigt, läßt klar erkennen, daß die deutsche Kontingentierung in Italien viel böses Blut gemacht hat. Obwohl Italien bei der Festlegung der Kontingente nach allgemeinem Urteil — man sprach hier von einer politischen Geste und von Rücksichtnahme gegenüber Italien, das in der Abrüstungsfrage Stunt machen könnte — sehr glimpflich weagekommen ist.

Die Einigung in Brüssel hat die deutschen Agrarier sehr verärgert. In großagrariischen Kreisen dachte man sich den Ablauf der Dinge so, daß den übrigen Ländern durch einen Ministerialrat fürs und bündig mitgeteilt würde. Deutschland habe es für angebracht gehalten, dies und das zu verordnen. Diesen Weg hat die Regierung Paven nicht eingeschlagen. Sie hat wohl davor gegraut, Porzellan in dem Umfang zu zerbrechen, wie das die Großagrarier wünschen. Die Agrarier berufen sich aber auf den Münchener Ausschluß des Reichsernährungsministers.

Nun ist bekannt, daß sich das Reichskabinett nicht geschlossen für die Kontingentierung erwärmt. Zum mindesten sind der Finanzminister, der Außen- und der Wirtschaftsminister Geuner der Kontingentierung, während man von dem Reichskanzler nicht weiß, wie er zuguterletzt darüber denkt. Aber ganz davon abgesehen, sollen die Dinge so liegen, daß der Reichsernährungsminister von Braun in München, wo man damals gerade Oktoberfest feierte, etwas Sozialen als amtliche Verlautbarung von sich gegeben hat, das nicht der Auffassung des Kabinetts entspricht; wenigstens soll seine Münchener Rede dem Kabinett nicht vorzulegen haben.

Wenn dem so ist, dann ist das nur ein weiterer Beweis, wie mangelhaft die Publikationsmethoden der gegenwärtigen Reichsregierung sind.

Wenn dem so ist, dann handelt es sich auch bei dem Vorgehen des Reichsernährungsministers um einen Füsarenritt, der an die frühe Zeit unter Wilhelm II. erinnert, von dessen politisch-diplomatischer Unionsfähigkeit einer seiner wichtigsten Mitarbeiter, der Geheimrat von Hofstein, in einem kürzlich veröffentlichten Brief sagte, es gebe alles durcheinander und man glaube nicht, wie dort „geballhornt“ wird.

In der Republik Bayern

Parade-Vorbeimarsch ehemaliger Angehöriger des 2. bayerischen Infanterie-Regiments an Kronprinz Rupprecht (vorn links). Zum Gedenken an die vor 250 Jahren erfolgte Gründung des 2. bayerischen Infanterie-Regiments fand in München eine große Feier statt, bei der Kronprinz Rupprecht von Bayern eine Ansprache hielt, in der er die Wiederaufrichtung der bayerischen Armee forderte.



Aus dem Gerichtssaal

Um sich die Arbeit zu erleichtern

wollten zwei Brüder, die hier eine Gärtnerei betreiben, einen Gartenschlauch haben. Zu diesem Zwecke ließen sie einmal im Sommer 1931 in eine Hütte des Städt. Gartenamts und durchsuchten diese nach einem Schlauch. In zwei Kisten, die sie dort erbrachten, fanden sie aber nur eine Anzahl Weinflaschen und etliches Handwerkszeug, das sie mitgehen ließen. In einem in der

Nähe stehenden Schuppen fanden sie schließlich den gewünschten Gartenschlauch. 60 Meter rollten sie sich davon ab und fuhren damit nach Hause. Die Geschichte wäre nicht herausgekommen, wenn nicht der jüngere Bruder im Laufe dieses Jahres „Umschau“ nach einem Handwagen gehalten hätte. Ein solcher stand vor der Ausstellungshalle. In einem günstigen Augenblick nahm ihn der Angeklagte an sich und fuhr heim. Untermens reute ihn die Sache und er ließ ihn einfach stehen. Als der Wagen gefunden wurde, kam man auch zum Angeklagten aufs Feld und sah da zur Freude auch den vermissten Schlauch. Dafür bekam jeder der Angeklagten 3 Monate, der jüngere für den entwendeten Schubarren 14 Tage extra dazu.

Mommüller
feiner und billiger
DIE DEUTSCHE QUALITÄTS-MARGARINE
Das Beste für Tafel und Küche
Generalvertrieb u. Fabriklager: **Alfred Zickwolf**, Karlsruhe, Franz-Abt-Str. 4

Mein Spezialgeschäft für
Wäsche-Ausstattungen
befindet sich seit 9. Okt. 1932
Kaiserstr. 109
(früher Gebr. Kaul)
Qualitätswaren zu enorm billigen Preisen
Franz
Häuschwitz
Telephon 1555

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

5. Oktober

1849 *Sos. Wilh. Bos, Stuttgart. — 1880 *Kom. Jacques Offenbach. — 1910 Proklamation der Republik Portugal. — 1918 Waffenstillstandsangebot an Wilson. — 1920 I. Kongress der Betriebsräte. — 1925 Locarno-Konferenz-Beitritt. — 1930 Enallisches Luftschiff R 101 bei Amiens explodiert (48 Tote).

Straßenbahntarif u. Straßenbahnverkehr

Man schreibt uns: Der neuerliche Beschluß des Stadtrats, den 15-Pfg.-Tarif für 2 Teilstrecken aufzuheben und den früheren Satz von 20 Pfg. wieder einzuführen, wird sicher in der gesamten Bevölkerung nur Mitleid und Unwillen auslösen. Die Begründung dieser Maßnahme muß man mehr als dürftig bezeichnen. Wenn ein Ausfall vorhanden ist, wir bezweifeln dies keineswegs, so rührt dies vor allem doch ganz sicher daher, daß immer weniger Menschen infolge der wirtschaftlichen Not die Elektrische benutzen können und zweitens, daß während der großen Anzahl schöner Tage die letzten Monate eben der Großteil der Einwohner zu Fuß ging, und nur aus besonders eiligem Anlaß die Straßenbahn benutzte. Die Sommermonate sind ganz gemäß die allerungünstigste Zeit, um die Zweckmäßigkeit einer Maßnahme festzustellen. Es ist kaum zu verstehen und als gerecht zu empfinden, daß man a. B. für die Strecke Rheinbaben-Schlachhof genau so viel zahlen muß, wie für die Strecke Mühlburger Tor-Durlacher Tor!

Vor der Stadterwaltung zur Erhöhung des 15-Pfg.-Tarifs ging, hätte sie u. E. zuerst mal prüfen sollen ob nicht auch die derzeitige Einzelführung und Wagenfolge Schuld an dem Einnahmeausfall sind. Ein Umböden und eine Anfrage in den Wagen, bei den Schaffnern und beim Publikum an den Wartestellen hätte ihr da manchen Aufschluß gegeben. Wir behaupten auf das Bestimmteste, auf Grund genauer Beobachtungen, die Zerreißung des Zweierverkehrs hat katastrophal gewirkt. Das Publikum ist vor allem einem geregelten Verkehr gewohnt. Es war gewohnt, daß auf einen Einer-Wagen, Durlach-Rheinbaben, nach 4 Minuten ein Zweier-Wagen Hauptbahnhof-Rheinbaben oder Hauptbahnhof-Knieleinen folgte. Die Schaffung des Pendelverkehrs nach Knieleinen, also Ausfall einer Zweier-Linie in der Stadt, hat diese Regelmäßigkeit jäh unterbrochen. Die Leute warten am Moninger oder an der Haltestelle in der Karlsruher oder am Marktplatz oder an den Haltestellen an der Kaiserallee. Ein Einer-Zug ist gerade abgefahren. Niemand weiß nun, kommt jetzt nach 4 Minuten ein Zweier-Wagen nach Daxlanden, oder muß man 8 Minuten oder noch länger warten, bis der nächste Einer-Wagen Durlach-Rheinbaben kommt. Ring folgt auf Ring, ein Zweier kommt nicht herbei; im Rücken fährt plötzlich ein Einer ob! Neues Warten! Oder man geht verzweifelt zu Fuß. Niemand weiß wie die Wagen folgen. Das ist es, was den Verkehr neben anderen Dingen ruiniert, diese Unsicherheit und Ungewißheit; und das ist auch unterm Erachtens die Ursache des Einnahmeausfalls. Wenn nun jetzt wieder eine Änderung eintritt, so war das höchste Zeit, eben so schimm ist es mit den Spätningen!

Dem Schlachhof geht im regelmäßigen Verkehr um 11.42 Uhr der letzte Wagen ab, der nächste Wagen folgt 12.32 Uhr, also nahezu eine Stunde später, und dieser Wagen fährt sogar noch über Marktplatz-Hauptbahnhof-Pfaff-Mühlburg! Dieser Verkehr besteht, ob schönes Wetter ist oder schlechtes, ob Samstag oder Sonntag, ob Feuerwehrtag, ob Kirchweih in Durlach, ob sonst etwas los ist. Wagen auf Wagen kommt von Durlach abfahren, die Fahrgäste müssen am Schlachhof raus, ob es 30, 40 oder 50 Menschen sind, ob die Wagen überfüllt sind oder nicht, sie müssen raus, nächster Anstich 12.38 Uhr! Schimpfend und fluchend stehen die Leute am Schlachhof herum und warten und warten und warten! Und sehen zu, wie dagegen die Stadt Karlsruhe rührend belagert ist, um die Heimkehrer ihrer Gäste aus Durlach. Denn Wagen auf Wagen fährt in regelmäßiger Folge vorbei in Richtung Durlach und bringt die Durlacher nach Hause! Wie am Schlachhof, so stehen am Moninger die Leute und warten auf die Elektrische, die nicht kommt — und gehen dann zu Fuß. Selbst bei dem Großbetrieb an den Feuerwehrtagen wurde von diesem katastrophalen Fahrplan nicht abgewichen. Und das nennt man dann „Dienst am Kunden“. Und da wundert man sich, wenn 10.000 M. Einnahmeausfall zu verzeichnen sind! Und da glaubt man mit Doktor-Eisenhart-Kuren, Tarifserhöhung, abbellen zu können. Der 15-Pfg.-Tarif wird die armen kleinen Leute, die mal 15 Pfg. auswenden konnten, um sich von einem Außenbesitz in die innere Stadt zu fahren, der Straßenbahn völlig entfremden. Denn von 15 auf 20 Pfg. ist eine Verteuerung von 33 Prozent; und 5 Pfg. sind für den kleinen Mann, für die Hausfrau, heute ein Geld! Es bei dem 15-Pfg.-Tarif belassen, gerade jetzt bei den Herbst- und Wintermonaten, den Verkehr rational und den Bedürfnissen des Publikums angepaßt auszustatten: das sind u. E. die Mittel, um den Straßenbahnverkehr wieder rentabel zu machen. Der vom Stadtrat gewählte Weg hat tödlicher nur einen einzielen Fehler: ein weiteres Defizit!

Ein Mißstand bei den Impfungen

Das Volksempfinden gab dieser Tage die Lokale bekannt, in denen die Impfungen der kleinen Kinder vorgenommen werden. Bei dieser Bekanntmachung fiel auf, daß nur in zwei Stadtteilen die Impfungen erfolgen und zwar in der Garten-Schule und in der Tullaschule. In der Anzeige heißt es ausdrücklich, daß die Impfung der Kinder der Stadt Karlsruhe einschließlich der Stadtteile Mühlburg, Daxlanden, Grünwinkel, Peterheim, Sulach, Rintheim und Rüppurr stattfindet. Es ist also nun der Mißstand vorhanden, daß die Eltern mit ihren Säuglingen zum Beispiel aus Daxlanden, Grünwinkel, Mühlburg und Rüppurr in die Gartenschule gehen müssen, also einen Weg zurücklegen haben, der doch recht weit vom Impflokal entfernt ist. Und dabei handelt es sich doch um etwa einjährige Kinder! Die Forderung ist deshalb berechtigt, daß nicht nur in den genannten Impflokalen, sondern auch in anderen Schulen oder einem sonstigen Lokal, wenigstens in den Außenabteilen, die Impfung vorgenommen wird und die Mütter es nicht notwendig haben, aus so weiter Entfernung in die Garten- oder in die Tullaschule zu gehen. In früheren Jahren kamen die Bezirksärzte zur Impfung doch auch in die Vororte, warum soll denn dies auf einmal nicht mehr möglich sein?

Bezirksratsführung

Am 4. Oktober 1932.
Aus dem Geschäftsbereich des Bezirkspräsidenten (Vorfig: Bezirkspräsident Hauser). Es wurden folgende Besuche gemacht: dem Ludwig Trunk, hier, Gartenstr. 37, dem Anton Walter, hier, Röhrlingerstr. 5, dem Karl Payer, hier, Morgenstr. 5, der Josefine Zint, hier, Kaiserallee 33,

Vom Beamten zum Angestellten

Ueberführung der nichtargierten Berufsfeuerwehrmannschaft vom Beamtenverhältnis ins Angestelltenverhältnis

Dem Bürgerausschuß ist eine städtische Vorlage zugegangen, wonach die Berufsfeuerwehrmänner in Zukunft nicht mehr als Beamte gelten, sondern in das Angestelltenverhältnis überführt werden sollen. Der Begründung zur Vorlage ist u. a. zu entnehmen, daß die Berufsfeuerwehrmannschaft zurzeit aus 60 Mann besteht und zwar 1 Branddirektor, 1 Brandingenieur, 1 Feuerwehringenieuramtsleiter, 1 Oberwerkmeister und 56 Feuerwehrleute.

Ueber den Aufwand für den Feuerwehrdienst der Stadt Karlsruhe nach Abzug der jeweiligen Einnahmen gibt eine Darstellung Aufschluß. 1928 kostete die Berufsfeuerwehr 196 821 M., Freiwillige Feuerwehr 27 342 M., 1929 Berufsfeuerwehr 191 569 M., Freiwillige Feuerwehr 23 431 M., 1930 Berufsfeuerwehr 188 403 M., Freiwillige Feuerwehr 10 315 M., 1931 Berufsfeuerwehr 153 175 M., Freiwillige Feuerwehr 7113 M.

In der Begründung wird sodann ausgeführt: Die Uebernahme der Feuerwehrleute in das Beamtenverhältnis und ihre ruhegehaltsberechtigten Anstellung hat sich bewährt. Die Sicherstellung eines ausreichenden Feuerdienstes verlangt die Erhaltung der arbeitsfähigsten Schlagkraft der Feuerwehr, insbesondere auch in personeller Hinsicht. Demgemäß dürfen nur für den höchsten dienstlichen Bediensteten im Feuerwehrdienst verwendet werden. Aus diesem Grunde ist nicht nur notwendig, daß die Feuerwehrleute zur Vermeidung einer Ueberalterung nach einer gewissen Anzahl von Jahren, jedenfalls aber vor Erreichung der sonst üblichen Altersgrenze von 63 und mehr Jahren, aus dem Feuerwehrdienst zurückgezogen werden; ihre Ueberführung ist vielmehr schon beim Auftreten gesundheitlicher Mängel und einer damit verbundenen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit unerlässlich. Die anderweitige Unterbringung der Berufsfeuerwehrleute hat aber schon bisher erhebliche Schwierigkeiten bereitet, so daß zahlreichen Anträgen der Berufsfeuerwehr auf Verwendung von für den Feuerwehrdienst nicht mehr geeigneten Beamten bei anderen Dienststellen nicht entsprochen werden konnte und dadurch nennenswerte Verletzungen in den Ruhestand unvermeidlich waren. Daß dadurch eine gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen untragbare Erhöhung der Versorgungslasten für die Stadt eintreten würde, bedarf keiner weiteren Erörterung. Die Schwierigkeiten der anderweitigen Unterbringung der Feuerwehrleute sind übrigens nicht zuletzt auch darin zu sehen, daß die Feuerwehrleute in Würdigung der Eigenart ihres Dienstes, der ganz aus dem sonstigen Rahmen der städtischen Beamtenstellungen herausfällt, auch etwas höher bezoldet sind als die übrigen vergleichbaren Beamten des unteren Dienstes.

Das Dienstverhältnis soll künftig grundsätzlich auf 12 Jahre befristet sein. Davon sollen die ersten 3 Jahre als Probezeit gelten und die folgenden 9 Jahre im Dienstverhältnis eines Angestellten im Sinne der Angestelltenverordnung ausgedrückt werden. Eine Ueberführung in das Beamtenverhältnis soll nur inwieweit erfolgen, als es sich um Oberfeuerwehrleute als Unterführer (Chargen) handelt. Der Feuerwehrmann ist sonach von Anfang an darüber unterrichtet, daß er grundsätzlich nur auf bestimmte Zeit bei der Stadt verwendet

ist und nur ausnahmsweise bei etwaigem Bedarf an Unterführern als Beamter in Betracht kommt; er kann sich daher von vornherein entsprechend einrichten. Um ihm beim Ausscheiden die Gründung einer anderweitigen Existenz zu erleichtern, soll ihm eine Abfindungssumme gewährt werden, deren Höhe von der Dauer seiner Beschäftigung bei der Feuerwehr abhängt und in der Regel eine Jahresvergütung nicht übersteigen darf.

Die vorstehend dargestellte Neuregelung liegt nicht allein im Interesse der Stadt, sondern auch der Feuerwehrleute selbst. Dem Feuerwehrmann ist künftig Gelegenheit gegeben selbst zu prüfen, ob ihm der Feuerwehrdienst mit seinen Besonderheiten noch zulaut, insbesondere auch, ob er ihm körperlich weiterhin gemachien ist. Er hat die Möglichkeit, sein Dienstverhältnis zu kündigen, und erhält dann noch zur Erleichterung des Berufswechsels eine festbestimmte Abfindungssumme. Es ist in Aussicht genommen, daß die Neuregelung nur auf die 20 Feuerwehrmannsamtämter im Probeverhältnis und bei künftigen Neueinstellungen Anwendung findet. Das Dienstverhältnis der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten der Berufsfeuerwehr soll dagegen unberührt bleiben.

Gemäß §§ 71 Abs. 11 und 73 Abs. 1 der Badischen Gemeindeordnung wurden die Organisationen der Berufsfeuerwehrleute gehört. Die Organisationen haben ihre Erklärungen dahin abgegeben, daß an der bisherigen Art der Anstellung der Berufsfeuerwehrleute im Beamtenverhältnis festzuhalten sei. Dieser Auffassung kann aber aus den bereits vorgetragenen Gründen nicht beigetreten werden.

Bei einem Bewerber um Verwendung in dem Dienste der Berufsfeuerwehr der Stadt Karlsruhe müssen in der Regel folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. Lebensalter 20 bis einschließlich 23 Jahre, 2. Iebig, 3. Mindestgröße 168 Zentimeter, 4. handwerksmäßige Vorbildung mit Gesellenprüfung, 5. Besitz des Führerscheins für Kraftfahrzeuge der Klassen II und III b, 6. Besitz des Grundzeichens der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft oder des Grundzeichens des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 7. unbescholtener Leumund, 8. körperliche Eignung für den Feuerwehrdienst, insbesondere auch zum Tragen von Gasmasken, festgesetzt durch den städtischen Vertrauensrat, 9. Nachweis der Schwimmfähigkeit durch eine Seisprobe, die vor der Branddirektion abgelesen werden muß.

Der Besitz des Deutschen Turn- und Sportabzeichens wird nicht unbedingt gefordert; es soll jedoch zur Vervollständigung der sportlichen Erziehung möglichst erworben werden.

Zu dieser Vorlage ist zu sagen, daß die Ueberführung der Feuerwehrmannschaften ins Angestelltenverhältnis für die Angehörigen der Berufsfeuerwehr einen großen Nachteil mit sich bringt. Darüber kann auch die in der Begründung stehende Bemerkung, daß die jetzige Regelung im Interesse der Feuerwehrmänner selbst liege, nicht hinweghelfen.

dem Karl Maucher in Durlach, Kilsfeldstr. 4, der Helene Fischer in Durlach, Göttinger Straße 36, die Erlaubnis zum Kleinhandel mit Flaschenbier; die Erlaubnis wurde erteilt, weil es sich hier um vor der Infrastruktierung des Gasstättengeleges schon bestehende Geschäfte handelt. Abgelehnt wurden

Heute abend Öffentliche Wahlversammlungen

Rüppurr: „Grünen Baum“. Referent: Regierungsrat Landtagsabgeordneter Weichmann.

Mittel- und Südweststadt: „Cambrinusshalle“. Referent: Bürgermeister i. R. Rißler-Durlach.

Hardtwald-Siedlung: „Prinz Berthold“. Referent: Stadtverordneter Koch.

Grünwinkel: „Engel“. Referent: Stadtverordneter Schulenburg.

Daxlanden: „Karlsruher Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Trinks.

Mühlburg: „Weißen Löwen“. Referent: Stadtrat Pfarrer Kappes.

Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 Uhr

Mühlburg: „Goldener Hirsch“. Referent: Reichstagskandidat Lohmann-Pforzheim.

die Gesuche um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Flaschenbier, die den Flaschenbierhandel nach dem Inkrafttreten des Gasstättengesetzes betreiben wollen, und zwar dem Valentin Goeppert, hier, Hilslandstr. 35, der Stefan Watzmann Witwe, hier, Morgenstr. 14, dem Kurt Schach, hier, Adrenerstr. 2. Genehmigung fanden weiter folgende Gesuche: dem Karl Dittus, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum deutschen Haus“, Kärnerstr. 23, der Altbierische Hans A. Kasper GmbH, zur Abführung von Einzelbieren, Herrenstr. 11, der freien Turnerschaft Karlsruhe zum Auskang von geistigen Getränken ohne Branntwein in ihrem Vereinshaus an der Lindenheimer Landstr. 8 und Stellvertretererlaubnis für Karl Siebert, dem Turner-

bund Lintheim zum Auskang nichtgeistiger Getränke in ihrem Vereinshaus an der Böhlinger Allee und um Stellvertretererlaubnis für Karl Reif, dem Gustav Dehmer, hier, zum Betrieb eines Verkaufshäuschens an der Durlacher Allee mit Auskang nichtgeistiger Getränke und zum Kleinhandel mit Flaschenbier, dem Albert Endle, hier, zum Betrieb des Konditoreifasses mit Auskang nichtgeistiger Getränke im Hause Kaiserstr. 241a, dem Hermann Brehm, hier, zum Betrieb der Realgastwirtschaft „Zur Krone“, Rheinstraße 77, dem Karl Bürk, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Großherzog Friedrich“, Welschenstr. 9; abgelehnt von der Tagesordnung wurden die Gesuche des Karl Reichenbacher, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft „Zur alten Brauerei“, Kaiserstr. 13/15, des Hermann Wadler, hier, zum Betrieb eines Konditoreifasses mit Auskang nichtgeistiger Getränke im Hause Schillerstr. 51, des Franz Sartor, hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Schiller“, Schillerstr. 24, dem Rechtsagenten Hans Buchlinger, hier, Amalienstr. 24, sowie dem Vermittlungsagenten Wilhelms Groß, hier, Kilsfeldstr. 7, wurden die Ausübung ihres Gewerbes auf Grund des § 35 der Gemeindeordnung unterlagt. Einem etwaigen Rekurs wurde in beiden Fällen die abschließende Wirkung verweigert.

Aus dem Geschäftsbereich des Bezirksamts (Vorfig: Reg.-Rat Dr. Sauter). Von fünf zur Verhandlung stehenden Klagen wegen Erlases von Fürsorgekosten wurden zwei stattgegeben, zwei abgelehnt und eine Klage abgelehnt. Genehmigung fanden die Gesuche des Emil Meiner in Teutschneurent zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Sonne“, des Jakob Buchleicher in Teutschneurent, zum Betrieb der Gastwirtschaft „Zur Traube“ und Stellvertretererlaubnis für seinen Sohn Franz Buchleicher, des Karl Ludwig Dürr in Hochstetten zum Betrieb der Realgastwirtschaft „Zur Krone“, Dittstr. 88; dem Metzger Otto Pätzfelder in Weingarten wurde der Handel mit Fleisch und Fleischwaren jeglicher Art unterlagt. Abgelehnt von der Tagesordnung wurde das Gesuch um Errichtung einer Frischwasserleitung der hiesigen Abwässer des Wilhelm Kirchgärtner in Schillingen zwecks Einleitung derselben in den Gemeindegewässern. Auf Antrag der Gemeinde Egenstein wurde der Vertrag mit dem Oberhalter statt wie bisher auf sechs Jahre auf drei Jahre festgesetzt.

Schützt euer Leben durch Beachtung der Verkehrsvorschriften

Mehrere, zum Teil schwere Verkehrsunfälle der letzten Zeit wurden dadurch verursacht, daß von Begebenheiten, insbesondere Radfahrern, die beachtliche Änderung der Fahrtrichtung nicht oder nicht rechtzeitig durch das vorgeschriebene Zeichen angekündigt wurde. Biesach konnte festgestellt werden, daß das Zeichen mit dem Arm erst im Augenblick des Abbiegens gegeben wurde, was zur Folge hatte, daß überholende Fahrzeuge nicht mehr rechtzeitig zum Halten oder Langsamfahren gebracht werden konnten. Nur dann kann der Führer des nachfolgenden Fahrzeuges sich entsprechend einrichten, wenn der vor ihm Fahrende rechtzeitig sein Zeichen gibt.

Letzte Nachrichten

Pan-Europa-Kongress in Basel

Basel, 4. Okt. Auf der Tagung des Pan-Europa-Kongresses entwickelte der Belgier Villard das Projekt auf dem Wege über ein einheitliches Münzsystem und einer europäischen Zollunion zu gelangen. Die Möglichkeit der europäischen Währungsunion wurde noch deutlicher entwickelt durch Hürtenberg-Berlin, während Generaldirektor Heilner-Berlin die Vorteile der Kartellbildung in Handel und Industrie unterstrich, die infolge solcher einer Zollunion am besten erfolge. — A. C. Güttermann-Gutach (Weisgau) betonte die Notwendigkeit der Entwicklung der Organisation der Wirtschaft und der internationalen Arbeitszeitregelung. — Das italienische Mitglied des Pan-Europa-Kongresses, Marquis Cuartara, sprach von der Organisation des europäischen Friedens durch eine europäische Union und befürwortete eine Friedenspropaganda unter den Generalen. (1) — Mit Entschiedenheit wandte sich dann Alois Meyer-Luxemburg gegen das Schutzsozial-System.

Basel, 4. Okt. Nach viertägiger Verhandlungsbauer hat heute der Pan-Europa-Kongress seine Arbeiten beendet, die durch die Gründung der „Europäischen Akademie“ ihre Krönung fanden.

Oesterreichs Sozialdemokratie gegen Diktaturgelüste

Wien, 4. Okt. (Sig. Draht.) Die Regierung Dollfus hat auf Grund einer Notverordnung, die sie mit Hilfe des Kriegesgesetzes vom 24. Juli 1917 begründet, ein an sich bedeutungsloses Gesetz erlassen, durch das die Schuldigen am Zusammenbruch der Kreditanstalt für den Schaden haftbar gemacht werden sollen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie ist noch in späterer Nacht zusammengetreten, um gegen diesen Mißbrauch eines Kriegesgesetzes, das vor Auslösung der Republik in Oesterreich Geltung hatte, scharfen Protest einzulegen. Der Parteivorstand erklärte, daß der Erlaß einer Notverordnung auf Grund eines Kriegesgesetzes der Regierung die Möglichkeit zur Verwirklichung einer Regierungs-diktatur gebe, wie sie im Deutschen Reich jetzt auf Grund des Artikels 48 existiert.

Der Parteivorstand hat einen Aufruf an alle Arbeiter Oesterreichs erlassen, in dem er sich scharf gegen diesen Mißbrauch wendet und angesichts der bestehenden Gefahr eines Mißbrauchs des Notverordnungsrechts für Mittwoch alle sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Vor Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise?

Wien, 4. Okt. Im Wirtschaftsausschuß der Völkervereinigung entwickelte sich heute eine Aussprache, in der sozialistische Redner sich optimistisch über die künftige Weltwirtschaftskrise äußerten. Der Vertreter Großbritanniens, Unterstaatssekretär Eben, erklärte, es lägen bestimmte Anzeichen dafür vor, daß sich eine Besserung der Weltwirtschaftskrise anbahne. Diese allmähliche Entspannung könne zweifellos im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz von Lausanne abgesehen werden. Er sei der Meinung, daß dies der Anfang einer allgemeinen Besserung sein könnte. Die Ergebnisse der Konferenz von Ottawa würden zweifellos zur Entwicklung des allgemeinen Warenverkehrs beitragen. Es sei aber notwendig, daß die gegenwärtigen Hemmnisse im internationalen Warenverkehr allmählich abgebaut würden.

Der Rheinbrückenbau

St. Mannheim, 5. Okt. Zu den Berliner Besprechungen über den Rheinbrückenbau wird noch gemeldet, daß von allen beteiligten Stellen geprüft werden soll, ob die Möglichkeit besteht, neben dem Bau der Rheinbrücke bei Maxau gleichzeitig den Bau der Speyerer Brücke, und zwar diesen zunächst aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms, zu finanzieren.

Ablösungsfrist für die Hauszinssteuer

Zu der Verordnung des Reichspräsidenten, durch die die Frist für die Ablösung der Hauszinssteuer mit dem dreifachen Jahresbetrag über den 30. September 1932 hinaus bis zum 31. März 1933 durch die Länder verlängert werden kann, teilt der Reichsfinanzminister u. a. mit:

Am einen Anreiz für die Ablösung zu geben, sieht die Notverordnung vor, daß auch die für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1932 erhobenen Beträge an Gebäudensteuern zur Hälfte auf den Ablösungsbetrag anzurechnet werden. Die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zur Entrichtung des Ablösungsbetrages fällig gewordenen Steuerbeträge sind jedoch neben dem Ablösungsbetrag voll zu entrichten.

Zur Frage, ob dem Hauseigentümer anzuraten ist, von der Ablösung Gebrauch zu machen, wiederholt die Reichsregierung folgendes: Die ablösenden Eigentümer haben keinesfalls zu befürchten, daß in der nächsten Zeit des Reiches getroffen werden könnten, durch die ihnen die gegenwärtige Vorzugsbehandlung wieder genommen wird, oder durch die sie schlechter gestellt werden als die, die nicht abgelöst haben.

Bei französischen Bürgern

Gespräche mit Kleinstädtern, Bauern und Soldaten

In einem kleinen Städtchen in der Bretagne ging ich abends mit neu gewonnenen französischen Freunden, braven Beamtenfamilien, im Garten des Bürgermeistershauses spazieren. Die Franzosen lachen, erzählen und singen viel — zur Zeit übertrifft ausschließlich deutsche Tonfilmhändler. . . . Wählich taucht aus dem Halbdunkel ein Geschützrohr auf. Eine Kanone aus dem letzten Krieg steht mitten auf dem gepflegten Rasen. Mit einem Schlag gerührt die vergnügte Stimmung. Die Franzosen lachen miserabel: Ach was, so eine alte Kanone, die kann ja doch nicht mehr schießen. . . . Aber unmittelbar darauf folgt die Frage, die ich überall und immer in Frankreich höre, und die den Franzosen mehr zu interessieren scheint als alles andere: „Wie denkt man im Reich über den Krieg?“

Ein Offizier, den ich unterwegs traf, kam gerade aus dem Militärdienst. Er erzählte von den Instruktionstagen. „Wir haben Kanonen, Flugzeuge, Gale“ hätte der Feldwebel immer gelacht, „aber merkt euch: die Vögel haben noch größere Kanonen und Flugzeuge, noch stärkere Tanks und Flugzeuge, noch gefährlichere Gale. . . .“ Weiß man es drüben nicht besser oder gehört diese merkwürdige „Warnung“ zum System des französischen Militarismus?

Der Franzose — das empfindet der Deutsche sofort — hat Angst. Beklemmende Angst davor, es könnte noch einmal so kommen wie vor achtzehn Jahren. Es ist nicht allein die Angst des friedliebenden französischen Bürgers vor dem Begriff Krieg — es ist auch die Angst des Kleinbürgers vor jedem unumgänglichen Ereignis, das ihn aus der gewohnten Bahn werfen könnte. Ein solches Naturereignis ist auch — die Krise.

Man spricht in Frankreich viel von der Krise. Man glaubt, sie sei schon im Lande. Aber als ich gelegentlich die Zahl der deutschen Arbeitslosen nannte, gab es entsetzte Gesichter. Das ist erst „Krisen“?

Frankreich hat sich bisher verzweifelt zu wehren vermocht; die Preise werden künstlich weit über dem Weltmarktstand gehalten. Frankreich ist heute eines der teueren Länder. Aber es ist zu befürchten, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann; daß es keine Macht der Welt gibt, die Frankreich vor den Todesangriffen des kapitalistischen Systems zu be-

wahren vermöchte; daß es nur eine Frage der Zeit ist, wenn das Unheil den Rhein überschreiten wird!

Ich sprach mit einem Landarbeiter. Er kam gerade von seiner letzten Dienststelle bei einem Bauern in Lothringen. „Er hat mir meinen Lohn nicht ausbezahlt können. Er versprach, ihn mir zu schicken, wenn er seine letzte Kuh verkauft hat. Ich habe mehr Geld in der Tasche als er. . . . Die französischen Bauern sind fürchterlich verschuldet. Die zwei letzten Jahre waren miserabel. Jetzt können sie weder Zinsen noch Schulden abzahlen. Das nächste Jahr wird furchtbar werden. . . .“

Die Abneigung des Durchschnittsfranzosen, sich mehr als dringend nötig über die Dinge außerhalb seines Landes zu informieren, ist schuld daran, wenn es für ihn ein desto böseres Erwachen geben wird. Vorläufig steht noch alles so schön ruhig und geordnet aus. Gewiß, es gibt eine Million Arbeitslose. Aber man spürt nicht viel von ihnen. Gewiß, fast die ganze Industrie hat die Kurzwache eingeführt; da die Arbeit nicht für alle reicht, wird sie eben geteilt; mehr als fünf Tage in der Woche wird an kaum einer der großen Produktionsstätten gearbeitet. Vielfach hat man sogar die Bier- und Dreitagewache eingeführt. Die Millionenzahl dieser „heimlichen“ Arbeitslosen nennt keine Statistik.

Aber das verminderte Einkommen der Massen beginnt, sich auf den gesamten Geldumlauf auszuwirken. Dazu kommt das Ausbleiben des gewohnten Fremdenverkehrs, das sich besonders in diesem Sommer zu einer Katastrophe für die Bergungsindustrie ausgewachsen hat. Auf dem Montmartre, dem Wallfahrtsort der Engländer und Amerikaner, gähnen die leeren Lokale um die Wette mit den unbeschäftigten Kellnern. Vor den offenen Kabarettts stehen die Parlier und hören sich über unbesetzte Tische hinweg gratis die Chansons an. . . .

Unkenntnis über die wirklichen Verhältnisse im heutigen Deutschland ist überall anzutreffen. Daß der Franzose unter politisches Chaos nicht zu übersehen vermag, wird ihm niemand verübeln; aber auch über die Ausmaße der Wirtschaftskrise in Deutschland hat man drüben keinen Begriff. Das mag einiges von der Einstellung der französischen Politik Deutschlands gegenüber erklären. Man überschätzt die eigenen Sorgen und unterschätzt die des Nachbarn.

Aus aller Welt

Auffklärung eines Raubüberfalls auf einen Kassenboten
Königsberg, 5. Okt. Im Zusammenhang mit dem vorgetriebenen Raubüberfall auf einen Kassenboten der Firma Karstadt, bei dem die Täter 12 500 Mark erbeuteten, hat die Kriminalpolizei im Laufe des Dienstag zwei Verhaftungen vorgenommen, darunter einen Kraftwagenführer, der den zur Tat benutzten Wagen gemietet hatte.

Devissenprozeß Sedlmaier
NRB. Berlin, 4. Okt. Einer der bisher größten Devissenprozesse begann heute vor dem Landgericht. Der 34jährige Kaufmann Emeric Sedlmaier hat sich wegen Vergehens gegen die Devissenbestimmungen und wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Nach der Anklage soll er in den Monaten Dezember 1931 bis Juni 1932 teils für eigene teils für fremde Rechnung ausländische Effekten im Werte von 5 323 700 Mark verkauft und den Gegenwert nicht auf Sperrkonto aneignet haben.

Standalchronisten verhaftet
Stuttgart, 4. Okt. Unter dem Verdacht, in einer Reihe von Fällen Erpressungen verübt zu haben, sind der frühere Redakteur der „Großen Glocke“, der wegen verurteilter Erpressung schon vorbestrafter Buchhändler Karl Maria Lange, sowie der Kaufmann Max Dief von Stuttgart, der diese Zeitungen finanziert hatte und der erst dieser Tage wegen Veruntreuung von 87 000 Mark zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, verhaftet worden.

Mit der Kasse eines französischen Infanterieregimentes verschwunden
NRB. Paris, 4. Okt. Der Gehilfe des Zahlmeisters des 878. Infanterieregiments in Remiremont ist mit der Regimentskasse, die 250 000 Francs enthielt, verschwunden. Nach dem Flüchtigen, der noch sechs Monate Dienstzeit vor sich hat, und der, wie man annimmt, nach Paris unterwegs ist, wird eifrig gefahndet.

Der Hotelier Adlon klagt gegen seinen Sohn vor dem Arbeitsgericht
NRB. Berlin, 4. Okt. Der Hotelier Louis Adlon klagt heute gegen seinen 27jährigen Sohn Karl, der in einem seiner Betriebe als Empfangsgehilfe angestellt war und gekündigt wurde, nachdem er sich mit der Tochter eines Chicagoer Hoteliers verheiratet hatte. Karl Adlon hat sich geweigert, die Kündigung anzunehmen und die Wohnung in dem Hotel zu räumen.

Obereaktion: Georg Schöpplin, Verantwortlich: Politisch, Preßtaut Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Heilwesen, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten, S. Gräberbaum, Groß-Karlsruhe, Gemeindepölitik, Durand, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruhe, Umgebungen, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Ausflüge: Josef Effeis. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krauer. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe.

Unterricht für die „Legalen“

Schlagen, prügeln, morden

Der nationalsozialistische Reichsdeutsche Beobachter in Köln erteilt seinen Lesern in einigen Artikeln einen Unterricht im Schlagen und Prüegeln. Dabei müssen die alten deutschen Kauer! aufpassen, über deren Können auf dem besagten Gebiet u. a. folgendes festgestellt wird:

„Wie beim modernen Box-Sport, so spielt auch im alten Ringen der Ellenbogen zum Ausstoßen von Stößen auf das Kinn, in die Zähne, in den Magen, in die Hergegend oder an die Kinnchen eine nicht geringe Rolle. Sogar der Kopf wird zu Stößen in den Magen, Unterleib und auch in das Gesicht benutzt, insbesondere wenn der Gegner bereits am Boden liegt, bedient man sich der Bearbeitung des gegenwertigen Gesichtes mit dem Kopf nach Belieben. Genau so bekannt in der fürchterlichen Weltung wie jetzt waren bei unsen Vorfahren die häufig wüthlich verlaufenden Stöße mit dem Knie und Tritte gegen den Unterleib. Das Kneien an den Haaren war früher, wo man diese lang trug, begehrlicherweife mehr in Übung als jetzt. Trotzdem empfehlen wir, sich damit vertraut zu machen, denn man weiß nicht wie man es brauchen kann. Wenn man auch der damaligen Empfehlung die Ausübung dieses Handarbeits heute nicht mehr recht nachahmen kann, nämlich die Haare fest um die Hand zu wickeln.“

Am Schluß des letzten Unterrichtsbriefes heißt es: „Das Zudehnen des Kehlkopfes hindert den Gegner am Atmen und macht ihn so kampfunfähig. Die Kauer haben deshalb auf diese Ausführung ihrer Kunst die größte Sorgfalt verwandt. Es gibt die verschiedensten Möglichkeiten, mit beiden Händen, mit einer Hand, mit dem Handgelenk, mit den Unterarmen, mit dem Ellenbogen und sogar die Kniegelenke benutzt man zur Ausführung dieses Tricks. Jeder, der gerade in diesem Punkt schon Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatte, wird zugeben müssen, daß die Wirkung eines gut fihenden Kehlkopfes in den meisten Fällen geradezu überragend ist. Ein kurzer gar nicht sehr starker Druck genügt oft, um den Gegner ohnmächtig zu machen.“

Ja, und wer von der SA hätte noch nicht in diesem Punkt schon Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit gehabt. War es doch auch ein Schlag gegen den Kehlkopf, den die Freunde des Nazi-Blattes seinerzeit dem Abg. Otto Wels beibrachten. Jedenfalls beweist dieser Unterricht im Schlagen und Prüegeln, daß in der nationalsozialistischen Presse Nord und Südtag immer wieder anempfohlen werde.

Vom langen Liegen stumpf und grau- jetzt wieder weiß und frisch wie Tau!

Einmaliges kurzes Kochen in kalt aufgelöstem Sil — und schon überrascht Sie der schöne klare, reine Ton. Viele praktische Hausfrauen erleichtern sich mit Sil auch das Wäschespülen. Sie geben Sil, kalt aufgelöst, dem ersten heißen Spülwasser bei. Ein einfaches Rezept, das findige Hausfrauen entdeckten und das wert ist, weiter empfohlen zu werden! Nehmen Sie Sil auch zur Entfernung hartnäckiger Flecken.



Sil
Henkel's Bleich- und Spülmittel für die Wäsche
gibt ohne Reiben und ohne Bleiche
frisch durstende weiße Wäsche
Ohne Chlor
Herstell. u. A. O. Düsseldorf

Durch Sil schneeweiß und frisch wie Tau!
Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

